Einzelpreis 30 Pfg. · 3. Jahrgang

Sonntag, den 25. Juli 1920

Nummer 296 · Morgen-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 18,— M. im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. zuzüglich Valuta-Aufschlag, per Brief für Deutschland und Oesterreich 30,— M.
Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtgespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 8,— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.
Fernsprecher: Zentrum 2838, 2845, 4518 4503, 4635, 4649, 4921.

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Neue Niederlagen der Polen

Baranowitsch und Slonim besetzt

Kopenhagen, 24. Juli.

Nach einem Telegramm aus Warschau besagt der polnische Heeresbericht: Die Polen haben Baranowitsch geräumt und kämpfen nun westlich des Schara-Flusses. Südlich des Pripjet haben die Polen den Feind auf Mowo—Siolki zurückgeworfen. Mehrere feindliche Angriffe auf die Linie am Styrfluß wurden abgeschlagen. Bei Borovic gelang es jedoch dem Feinde, an das Ostufer zu kommen. In der Gegend von Dubno fiel die bolschewistische Reiterei den Polen in den Rücken. Es kam zu heftigen Kämpfen. Trotzdem starke feindliche Streitkräfte in den Kampf geworfen wurden, wurden fünf hintereinanderfolgende Angriffe mit schweren Verlusten auf beiden Seiten abgeschlagen. Südlich von Dubno hat der Feind den Fluß überschritten.

Am 23. Juli teilte der polnische Generalstab mit: Polnische Abteilungen haben einen Gegenangriff längs des Weges von Sopolka bis Grodno unternommen. Feindliche Abteilungen haben sich Slonims bemächtigt. Der Feind, der den Uebergang an dem Pripjet zu passieren versuchte, wurde mit schweren Verlusten zurückgeworfen. In der Gegend von Targowca dauern die hartnäckigen Kämpfe an.

Die deutsche Neutralität

Völkerrechtliche Unterlagen

Berlin, 24. Juli.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Deutschland hat seine Neutralität gegenüber Rußland und Polen erklärt. Maßgebend für das Verhalten der deutschen Regierung werden nur die allgemeinen Grundsätze des Völkerrechts sein, da Deutschland und Rußland dem Völkerbund nicht angehören, hinsichtlich der Aus- und Durchfuhr von Waffen das Haager Abkommen von 1907, das diese zugunsten beider Teile gestattet, aber jedem Staate freistellt, sie auch zu untersagen. Der Friedensvertrag von Versailles zwingt Deutschland nicht zur Abweichung von der Neutralität. Zwar hebt er den Friedensvertrag zwischen Deutschland und Rußland auf, stellt aber den Kriegszustand dadurch nicht wieder her (Artikel 116). Aushändigung der von Deutschland abzuliefernden Waffen an Polen kann nicht verlangt werden, da die Waffen nach ausdrücklicher Bestimmung zerstört werden sollen (Artikel 169). Truppentransporte der Alliierten durch deutsches Gebiet sind nur zur Durchführung des Friedensvertrages vorgesehen (Artikel 375), können also nicht zur Unterstützung Polens im Kriege gegen einen am Friedensvertrage unbeteiligten Staat vorgenommen werden.

Schutzmaßnahmen in Ostpreußen

Berlin, 24. Juli.

Dem Präsidenten der Friedenskonferenz in Paris ist unterm 21. Juli folgende Note überreicht worden:

Nach Mitteilungen, welche die Deutsche Regierung erhalten hat, sind die Truppen der Sowjet-Regierung nur noch wenige Tagemärsche von der ostpreußischen Grenze entfernt. Zur Wahrung der Neutralität, zur Sicherung der Grenzen und zur Beruhigung der Bevölkerung, die noch in Erinnerung an die früheren Russeneinfälle aufs äußerste erregt ist, erscheint es erforderlich, eine freiwillige Schutzwehr der Eingesessenen zu bilden, die im äußersten Notfall zur Unterstützung der Grenzschutztruppen herangezogen werden kann.

Die Deutsche Regierung bittet die Alliierten Regierungen, hierzu ihre Zustimmung zu erteilen und darin nicht einen Verstoß gegen die bei den Verhandlungen in Spaa getroffenen Abreden zu erblicken.

Gleichzeitig bittet die Deutsche Regierung, ihr zu gestatten, die zur Wahrung der Neutralität und für den Schutz der Grenzen erforderlichen Truppen durch die Abstimmungsgebiete Allenstein und Marienwerder an die Grenze dieser Gebiete zu senden. Die Deutsche Regierung geht davon aus, daß nach dem Friedensvertrag die Souveränität im Abstimmungsgebiet bei ihr verblieben und sie daher völkerrechtlich verpflichtet ist, die geeigneten Vorkehrungen gegen etwaige Verletzungen der Neutralität und der Reichsgrenzen zu treffen.

Die Einzelheiten werden zweckmäßig mit dem Interalliierten militärischen Ueberwachungsausschuß in Berlin zu vereinbaren sein.

Nach den wiederholten Zusicherungen Sowjetrußlands, die deutsche Grenze unter allen Umständen zu respektieren, halten wir die Befürchtungen der Regierung für stark übertrieben. Das große Truppenaufgebot will uns durchaus nicht notwendig erscheinen. Sollte sich der Krieg tatsächlich bis an die deutsche Grenze ausdehnen, dann könnte es sich doch höchstens darum handeln, versprengte Formationen, die sich über die Grenze verirrt haben, zu entwaffnen. Ein größeres Militäraufgebot ist dazu nicht unbedingt erforderlich. Für verhängnisvoll halten wir auch die Verhängung des Belagerungszustandes über ganz Ostpreußen. Die Macht geht damit auf die politisch höchst unzuverlässigen militärischen Kommandeure über. Kann jemand dafür garantieren, ob diese ihre Macht nicht mißbrauchen werden? Und besteht nicht der begründete Verdacht, daß die unter der Maske des Grenzschutzes in Ostpreußen konzentrierten Truppen die Gelegenheit zu einer neuen Verschwörung, zu einem Baltikumabenteuer in zweiter Auflage benützen werden?

Diese Fragen erheischen aufmerksamste Beachtung. Die deutsche Regierung hat wiederholt das Gelöbnis der Neutralität abgelegt. Daß es in den strengsten Formen eingehalten werde, darüber muß die sozialistische Arbeiterschaft mit angespannten Nerven wachen.

•

Von seiten des Reichswehrministeriums wird erklärt, daß der Ausnahmezustand in Ostpreußen auf Grund nicht der inneren, sondern der äußeren Lage erklärt worden ist. Die vollziehende Gewalt liegt in den Händen des Militärbefehlshabers, Generals von Dassel. Als Zivilkommissar ist ihm der Oberpräsident beigegeben.

Der Sklave der Entente

Paris, 24. Juli.

Die „Humanite" sagt, Polen sei in Wirklichkeit seit zwei Jahren Sklave der Entente, besonders aber Sklave Frankreichs. Emporgestiegen durch die Revolutionen in Rußland und Deutschland und nicht durch den militärischen Sieg der Entente, hätte es nur ein Interesse gehabt, in Frieden mit seinen russischen und deutschen Nachbarn zu arbeiten. Aber man habe aus ihm einen doppelten Wall gegen Berlin und Moskau machen wollen, deshalb hätten die Alliierten es gründlich ausgesaugt. **Wenn Foch nach Warschau ginge, dann sei es um Polen geschehen** und aufs neue könne man das bekannte historische Wort aussprechen: finis poloniae.

Die „Humanite" erklärt, die widersinnige Legende einer Allianz Lenin-Ludendorff, die die bürgerliche Presse unausgesetzt verbreite, male die Gefahr einer Entente zwischen Berlin und Moskau, zur Vernichtung Polens und des Friedensvertrages von Versailles an die Wand. Aber zwischen dem Deutschland Fehrenbachs und dem Rußland Lenins sei ein Einverständnis unmöglich. **Viel eher sei ein Druck der Entente auf Deutschland zu befürchten, damit es sich zum Mitschuldigen einer militärischen Handlung gegen die Sowjetrepublik mache.** Die „Humanite" zählt auf die Wachsamkeit des deutschen Proletariats. Wenn die Verhandlungen zwischen Polen und Rußland angeknüpft seien, müsse Rußland die sofortige Abberufung der französischen Mission aus Polen verlangen, und die Barriere müsse fallen, die jede wirtschaftliche Verbindung zwischen Deutschland und Rußland verhindere.

Lloyd Georges Befürchtungen

Amsterdam, 24. Juli.

Nach dem erst heute hier eingetroffenen ausführlichen Wortlaut der Unterhausrede Lloyd Georges sagte dieser mit Bezug auf das Vorrücken der Bolschewisten gegen die deutsche Grenze noch: Wir müssen uns klar machen, was das bedeutet. Für Deutschland mit seinen Lasten, seinen Verpflichtungen und seiner überwältigenden Schuldenbürde besteht wie für jeden anderen Schuldner die große Versuchung, einen einfachen und bequemen Ausweg zu finden. Freilich würde dies nur durch Anarchie möglich sein, aber es gibt in Deutschland Millionen von Menschen, die ungeduldig werden, und es gibt in Deutschland Millionen kriegsgeübter Männer. Die Bolschewisten sind ihre unmittelbaren Nachbarn. Ich bitte nur an die Möglichkeit zu denken, daß die Alliierten der Früchte ihres teuer erkauften Sieges beraubt werden könnten. Die Alliierten sind unter diesen Umständen zu dem Entschluß gelangt, den Marsch der Bolschewisten durch polnisches Gebiet unbedingt zu verhindern.

Polen braucht auch moralische Hilfe

Washington, 24. Juli.

Die polnische Regierung hat das Auswärtige Amt der Vereinigten Staaten ersucht, es möge erklären, daß Polen die moralische Unterstützung der Vereinigten Staaten in seinem Kampfe gegen Rußland hat

Das neue Kabinett

Paris, 24. Juli.

Der Leiter der polnischen Militärmission in Paris, General Rozwadowsky ist zum Chef des polnischen Generalstabes ernannt worden. — Nach einer Havas-Meldung aus Warschau ist dort ein nationales Koalitionskabinett gebildet worden. Den Vorsitz hat Witos (Volkspartei), Vizepräsident ist der Sozialist Daszynski. Fürst Sapieha behält das Ministerium des Auswärtigen.

Sozialistenfurcht Millerands

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".)

Paris, 24. Juli.

Die französische sozialistische Partei hat den Genossen Ledebour eingeladen, zur Gedächtnisfeier für Jean Jaurès am 31. Juli nach Paris zu kommen. Die französische Regierung hat die Einreiseerlaubnis verweigert.

Spaa und das Zechenkapital

Am Sonnabend sind in der Sitzung des Reichswirtschaftsrates die beiden Sachverständigen zu Wort gekommen, die in Spaa gegen die Unterzeichnung des Kohlenabkommens mit der Entente gestimmt haben: Stinnes und der Geheime Bergrat Hilger. Sie begründeten noch einmal ihren ablehnenden Standpunkt. Stinnes erklärte mit Nachdruck, daß er es nicht für möglich halte, das Abkommen zu erfüllen, und Hilger schloß sich dem, wenn auch in etwas vorsichtigeren, zurückhaltenden Wendungen, an.

Beide Herren aber versprachen, nachdem die Unterschrift einmal vollzogen sei, ihre Mitwirkung bei dem Versuch, das gesteckte Ziel zu erreichen, nicht zu versagen. Das heißt, sie sind beide darin einig, daß nicht sowohl sie, sondern die Bergarbeiter ihre ganze Kraft daransetzen müssen, das von den Grubenbesitzern für unmöglich Gehaltene möglich zu machen, und besonders Stinnes betonte die Notwendigkeit der Mehrleistung durch die Knappen. Grundsätzlich will er an der bestehenden Arbeitszeit nichts geändert wissen. Natürlich nicht! Indessen, es müssen mehr Ueberschichten verfahren werden, und das bedeutet, daß das Prinzip immer mehr durchlöchert wird, solange, bis das Normwidrige zum Normalen geworden ist und damit die Wünsche des Kapitals Erfüllung finden.

Es sieht so aus, als ob sich die beiden Industriekapitäne des inneren Widerspruchs in ihrem Auftreten nicht bewußt geworden wären. Wenn sie überzeugt sind, daß sich die Bedingungen des Vertrages auch beim besten Willen nicht erfüllen lassen, dann ist es doch von vornherein sinnlos, die Arbeiter mit Rücksicht auf das Abkommen zu einer noch größeren Anspannung ihrer Kräfte antreiben zu wollen. Aber wir glauben, es sieht wirklich nur so aus, denn tatsächlich kann ja das Kapital unter keinen Umständen bei einer größeren Arbeitsleistung etwas verlieren. Wird das notwendige Quantum nicht gefördert, so haben die Zechenbesitzer auf jeden Fall den Vorteil, daß sie mehr Kohle erhalten, die sie zu hohen Preisen verkaufen können — zu Preisen, an deren Steigerung sie im gegenwärtigen Moment wahrscheinlich wieder sehr ernstlich denken — und daß in die Mauer des Normalarbeitstages eine große Bresche gelegt ist.

Ihnen kann ja, wie die Dinge heute liegen, überhaupt nichts geschehen, und so ist auch ihre Haltung zu der Frage der Besetzung des Ruhrreviers durch die Entente zu verstehen. Herr Hilger meinte, der Marsch an die Ruhr wäre jedenfalls nicht ein militärischer Spaziergang geworden, wie seinerzeit der von Mainz nach Frankfurt, und Herr Stinnes erklärte den Hinweis auf die Zwangsmaßregeln der Gegner nicht für zutreffend. Das heißt nichts anderes, als daß diese Sachverständigen der französischen Okkupation ohne allzu schwere Bedenken entgegengesehen haben würden. Das ist nicht erst jetzt bekannt geworden, sondern es wurde durch die Ausführungen im Reichswirtschaftsrat nur noch einmal unterstrichen. Die Stinnessche Rede in Spaa konnte gar nicht anders ausgelegt werden als eine fast unverhüllte Aufforderung an die Franzosen zum Einmarsch, und man braucht darüber hinaus nur an die Unterredung zu erinnern, die er unmittelbar nach der betreffenden Sitzung dem Vertreter des Pariser „Matin" gewährte. „Wir werden nicht nachgeben", sagte er ihm, „es gibt keine Möglichkeit der Verständigung". Und auf die Bemerkung des Franzosen, daß das das Scheitern der Konferenz bedeute, lautete die brüske Antwort: „Ich weiß es und habe es vorausgesehen."

Es hat bestimmt nicht an Herrn Stinnes gelegen, wenn doch noch eine Einigung erzielt und die Besetzung verhindert wurde. Aber der merkwürdige Patriot rechnet damit, daß noch nicht aller Tage Abend gekommen sei. Er ist davon überzeugt, daß zuletzt der Einmarsch doch erfolgen werde, da er ja nicht an die Erfüllbarkeit der Bedingungen von Spaa glaubt, und niemand kann den Eindruck haben, als ob ihn diese Aussicht irgendwie mit Sorgen erfülle.

Seine Freunde werden vielleicht behaupten, er sei boshaft genug, die Entente zu einem Experiment zu ermuntern, das unbedingt zu ihrem Schaden ausschlagen muß. Nach unserer Ueberzeugung aber sind es nicht sowohl Erwägungen der Bosheit, als vielmehr solche des kapitalistischen Interesses, die den Kohlenkönig bei seiner Politik leiten. Eine Stelle aus seiner Rede im Reichswirtschaftsrat ist besonders beachtenswert. Da wird über die Zentralisierung des Wirtschaftslebens Klage geführt und gefordert, daß den einzelnen Wirtschaftsgebieten ein volles Betätigungsfeld gegeben werde. Die jetzige Bevormundung von Berlin sei unerträglich, sie führe zur Versumpfung der Technik.

Ueber die Gründe, die die Versumpfung der Technik herbeiführen, ließe sich mancherlei sagen. Das eine steht jedenfalls fest, daß für die Vernachlässigung der technischen Anlagen im Bergbau die Zentralisierung die geringste Verantwortung trägt. Was Herrn Stinnes die Berliner Bevormundung verabscheuen läßt, ist die Sorge um seine kapitalistische Freiheit. Die Berliner Regierung ist weit vom Sozialismus entfernt, aber Rücksichten auf die Stimmung der Arbeiterschaft veranlassen sie doch hier und da zu gewissen Maßnahmen, die dem Unternehmertum unbequem sind. Ob diese Maßregeln wirklich der Arbeiterschaft nützen, ist hier gleichgültig, sie ärgern jedenfalls die Kapitalisten und schmälern bis zu einem gewissen Grade ihre Ungebunden-

heit. Die französische Besetzung würde in dieser Beziehung weniger lästig sein. Die Pariser Regierung, die sich im Parlament keiner starken Arbeiterpartei gegenübersieht, ist vom Sozialismus noch weniger angekränkelt, als die Berliner, und die Generale, die im Ruhrrevier kommandieren würden, wären sicher den Beweisführungen eines Stinnes noch mehr zugänglich als das Berliner Kabinett. Sie würden sich aller Wahrscheinlichkeit nach noch rücksichtsloser in den Dienst des Kapitals gegen die Arbeiter stellen.

Gewiß diente eine solche Politik nicht der Erhöhung der Kohlenproduktion. Indessen, Frankreich käme trotzdem auf seine Rechnung, da die Förderung seinen Ansprüchen genügen würde, und außerdem bliebe noch ausreichend Brennstoff zur Verfügung, um die rheinisch-westfälische Industrie, an der Herr Stinnes besonders interessiert ist, zu versorgen. Was aus dem übrigen Deutschland würde, wäre den Franzosen gleichgültig und die deutschen Industriellen im Westen würden sich über das Schicksal ihres geliebten Vaterlandes um so schneller zu trösten wissen, je mehr der Weizen ihres Geschäfts blühte.

Wie gesagt: dem Grubenkapital kann nichts passieren. Es müssen ihm, wie nach der Versicherung des Evangeliums, denen, die Gott lieben, alle Dinge zum besten dienen. Sie haben nur eine Angst, und das ist die Sozialisierung, und deshalb hat Stinnes es für zweckmäßig gehalten, im Reichswirtschaftsrat sich noch einmal scharf gegen sie zu wenden. Er wird sie in Deutschland nicht für nahe bevorstehend halten. Aber unter französischer Herrschaft ist diese Gefahr noch weniger dringend. Kurz und gut, von welcher Seite er die Sache auch betrachten mag: eine Besetzung des Ruhrreviers durch die Entente kann für ihn keinerlei Schrecken haben. Er läßt es darauf ankommen und benutzt die Drohung des Einmarsches einstweilen nur dazu, die Bergarbeiter stärker schuften zu lassen. Das Kapital bemüht sich, das nationale Gewissen, das es selbst nicht besitzt, bei den Proletariern zu schärfen.

Eine Stimme der Gerechtigkeit

Ein Pfarrer gegen den Marburger Rechtsmord

Ein Professor der Marburger Universität, Dr. Ernst Maaß, hatte den Mut, die von einem Kameradengericht freigesprochenen Mörderstudenten in Schutz zu nehmen. Daraufhin hat der Pfarrer Erhard Boehm aus Schwarzhausen bei Bad Thal mit einem Offenen Brief geantwortet, in welchem er sagt, daß das freisprechende Urteil von Millionen Menschen als ein Schlag ins Antlitz der Gerechtigkeit betrachtet werde. Weiter heißt es in dem Brief:

Auf erlogene und maßlos übertriebene Nachrichten von Greuelzuständen in unserem Gothaer Ländchen hin tun sich in Marburg die Studenten zusammen, zum größten Teil doch junge, politisch unreife und unaufgeklärte Menschen, die in jedem sozialdemokratischen Arbeiter ohne weiteres einen „Spartakisten" oder „Bolschewisten" sehen, die in dem Glauben sind, in Gotha habe sich das „ganze Verbrechergesindel von Deutschland" zusammengefunden, ziehen nach Thüringen, fallen, von niemand gesandt, von niemand gerufen, in einen kleinen Gothaer Ort ein, nehmen auf Grund einer höchst zweifelhaften Denunziation Verhaftungen vor, ohne jede Autorisation, mit keinem größeren Recht als seinerzeit der berühmte Hauptmann von Köpenick, und schleppen dann die Verhafteten unter Kolbenstößen und anderen Mißhandlungen fort, bis dann auf der Landstraße beim Bahnhofe Settelstadt die Sache, die bis dahin eine Affenkomödie war, zu einer furchtbaren Tragödie wird. Ist das wirklich ein Verfahren, Herr Geheimrat, das „bedingungslose Anerkennung verdient?"

Ihr „tapferes Studentenkorps" hat unsägliches Unheil über eine Anzahl von Arbeiterfamilien gebracht. Ich habe einen der jetzt Erschossenen selbst getraut, war Zeuge des Glückes der Neuvermählten und ermesse den untilgbaren Schmerz der armen jungen Frau. Ich vergegenwärtige mir das Leid des Elternpaares, das von seinen sieben Söhnen drei durch die Franzosen und wieder drei durch die Marburger Studenten verlieren mußte. Und so fühlen wir hier alle den Schmerz der Armen mit, um so tiefer und leidenschaftlicher, als wir uns sagen müssen: Jedes beliebige andere unserer Arbeiterdörfer hätte dem gleichen verbrecherischen Leichtsinn, dem gleichen Mangel an Verantwortungsgefühl, für den Sie „unbedingte Anerkennung" verlangen, zum Opfer fallen können. Ihre Worte, Herr Geheimrat, sind, gewollt, Gift in Wunden, für die viel Balsam notwendig ist, wenn sie sich jemals schließen sollten!"

Ein tapferer Pfarrer, der den Mut findet, mit so scharfen Worten die Wahrheit zu sagen. Die in Deutschland residierende Mörderliga wird ihn dafür beim nächsten Putsch besonders scharf aufs Korn nehmen.

Radek über die Folgen des russisch-polnischen Krieges

Die Sowjetrepublik hatte sich vor dem Beginn des polnischen Angriffs der Entente gegenüber zur Bezahlung eines Teiles der russischen Vorkriegsschulden bereit erklärt, daneben wollte sie noch eine ganze Reihe weiterer Konzessionen zugestehen. Der Sieg Räterußlands über Polen bringt nunmehr wahrscheinlich den ententistischen Kriegszettelern nicht nur eine schwere Enttäuschung, sondern zugleich auch die Zerstörung ihrer Hoffnungen, ihre der Zarenregierung gegebenen Anleihen jemals zurückzubekommen. Das offizielle russische Regierungsorgan, die „Iswestya" bringt einem Artikel Karl Radeks über die Bedingungen eines polnisch-russischen Friedens, in dem die Annullierung aller früher an die Entente in dieser Hinsicht gegebenen Versprechen unverblümt angekündigt wird. Radek sagt, daß Polen einen Frieden zu solchen Bedingungen erhalten werde, daß friedliche wirtschaftliche Arbeit gesichert sei. Rußland habe die Verbündeten oft gewarnt, Polen in seiner Angriffslust zu ermuntern. Jetzt, wo Rußland in gerechter Abwehr neue und große Opfer habe bringen müssen, sei es völlig ausgeschlossen, daß Rußland an die Begleichung seiner Vorkriegsschulden auch nur denke. Die französischen Sparer mögen sich an ihre Regierung wenden, die das polnische Abenteuer ermöglicht habe. Sie mögen jede Hoffnung aufgeben, daß das russische Volk seinen eigenen Mörder zahle. Rußland habe keinerlei Rachsucht gegen Polen, es erkenne seine Unabhängigkeit an und wünsche in freundschaftlichen Einvernehmen mit ihm die Wunden zu heilen, die dieser vom polnischen Volk selbst nicht gewünschte Krieg verursacht habe.

Englische Zuversicht

TU. London, 24. Juli.

Mit Ausnahme des sozialistischen „Daily Mail" billigt die gesamte Presse die Erklärungen Lloyd Georges und Millerands hinsichtlich der Notwendigkeit, Polen zu verteidigen. Die „Morning post" bedauert, daß Lloyd George nicht früher die Gefahr erkannt habe, die darin liegt, den Bolschewismus zu stärken, indem man sich mit ihm anbiedere. Die „Times" hofft, daß die Geschehnisse den Frieden nicht neuerdings bedrohen und die von Llyod George klar bezeichnete Gefahr vermieden werden könne. Man werde der Wirklichkeit und Dringlichkeit gegenüber die Augen nicht verschließen. Die Gefahren erwachsen aus der Haltung der Räteregierung. Der „Daily Telegraph" meint, daß die Abreise der französisch-englischen Militärmission nach Warschau und der gefürchtete Name Marschall Foch eine heilsame Wirkung auf die Räteregierung ausüben werde. Durch diese Maßnahme werde den Bolschewisten gezeigt, daß die Westmächte die Lage ernsthaft ins Auge fassen und daß man ihnen nicht ungestraft trotzen könne. „Daily Herald" bezichtigt Lloyd George der Doppelsinnigkeit und behauptet, daß Lloyd George im Innersten den Frieden wünsche, daß er aber an den französischen Militarismus gebunden und in den Händen derjenigen sei, die in England die Verhandlungen mit Rußland sabotieren wollten.

Ungarns Absichten

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit".

Wien, 23. Juli.

Das Asylrecht in Oesterreich für die ungarischen Volkskommissare wurde vor dem Sturz der ungarischen Räteregierung zwischen dem Rätegesandten Böhm, dem englischen Oberst Cunningham und dem Grafen Bethlen, Beauftragter der gegenrevolutionären Regierung in Szeged, vereinbart. Diese Vereinbarung war eine der Vorbedingungen zur unblutigen Uebergabe der Macht der Räteregierung an die Gewerkschaftsregierung Peidl. Der Außenminister der Szegeder Regierung war damals Graf Teleki, der jetzt als ungarischer Ministerpräsident die Auslieferung von Deutschösterreich und nunmehr auch schon von Deutschland fordert. Die ungarische Regierung baut bei der Auslieferungsforderung Khuns und Vargas auf die Willfährigkeit Bayerns. An Wien wurde ein Auslieferungsbegehren nur wegen gemeiner Verbrechen und nicht wegen politischer Vergehen gestellt. Die ungarische Regierung steht dabei auf dem Standpunkt, daß die Räteherrschaft selbst und alle Amtshandlungen ihrer Organe gemeine Verbrechen waren. Das ist der Sinn ihrer Forderung, Bela Khun und Varga wegen gemeiner Verbrechen auszuliefern.

Ungarn treibt fieberhaft Vorbereitungen zum Kriege gegen Sowjetrußland und zur Unterstützung der Polen, wozu es die Erlaubnis und die Zusage zur Unterstützung von der Entente erhalten hat. Die Jagd auf Bela Khun stellt sich als ein Glied dieser Kette dar.

Der Ministerpräsident Teleki führt gegen Oesterreich wegen des Boykotts gegen Horthy-Ungarn und wegen der Ausrede der Volkskommissare eine bedrohliche Sprache, wozu er von dem französischen Militär ermutigt sein soll. Die Offiziere betreiben trotz Ableugnung geheim Vorbereitungen zu einem Pogrom gegen politische Gefangene, Sozialdemokraten und Juden. Mitglieder der Vereinigung erwachender Magyaren wurden mit Pogromstöcken und Handgranaten bewaffnet. In Szeged versuchten Offiziere dreißig Gefangene aus dem Gefängnis abzuführen. Sie wurden aber vorläufig vom Gefängnisdirektor abgewiesen. Offiziere des Ostenburgdetachement wollten die Dienste in dem Gefängnis, in dem sich die Volkskommissare befinden, übernehmen. Die Gendarmerie widersetzte sich jedoch diesem Vorhaben, worauf die Offiziere ein gegenüberliegendes Schulgebäude bezogen. Unter den Gefangenen im ganzen Lande herrscht wegen dieser Vorgänge eine große Panik.

Ungarn stellt das Auslieferungsbegehren

Die ungarische Regierung hat nunmehr bei der deutschen das offizielle Ersuchen gestellt, Bela Khun auszuliefern. Die Reichsregierung prüft gegenwärtig die rechtlichen Unterlagen der ungarischen Forderung. Bela Khun befindet sich übrigens nicht in Bayern, sondern in einem Internierungslager in der Nähe von Liegnitz. Er wird dort von einem Reichswehrbataillon streng bewacht. Nach einer Meldung der Telegraphen-Union aus Wien neigt man dort der Ansicht zu, daß die Anhaltung des Transports nicht im direkten Auftrag der deutschen Regierung erfolgt sein könne, weil diese ebenso wie die Entente über die Absendung vorher unterrichtet worden sei. Man neigt in Wien der Ansicht zu, daß die neue Affäre Bela Khun von gewissen deutschen Militärkreisen ausgegangen sei, um der Regierung eine Verlegenheit zu bereiten. Die Wiener Vertreter der Entente werden, wie aus Ententekreisen mitgeteilt wird, sich in die Angelegenheit nicht einmengen.

Wir halten es für eine selbstverständliche Pflicht der Regierung, für ausreichenden Schutz Bela Khuns zu sorgen. Dem Auslieferungsbegehren darf unter keinen Umständen stattgegeben werden. Bela Khun ist eine politisch verfolgte Persönlichkeit. Wenn ihm die ungarische Regierung verbrecherische Handlungen unterschiebt, so nur deshalb, weil sie Bela Khun in ihre blutigen Hände bekommen will, um an ihm einen Mord zu verüben. Wer ihr dabei behilflich ist, macht sich zum Helfershelfer der ungarischen Henker.

•

Die Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Der Transport russischer Kriegsgefangener aus Oesterreich, welcher sich auf der Rückfahrt nach Passau befand, ist dem Durchgangslager Neiße zugeleitet. Es ist festgestellt, daß 2 Mann sich nicht einwandfrei als russische Kriegsgefangene ausweisen konnten. Diese beiden sind zur Feststellung ihrer Personalien ausgesondert und anderweitig untergebracht. Der Transport wird über Narwa heimbefördert.

Die liebe Reichswehr

Die Korrespondenz des Herrn Heilmann berichtet:

In der Presse wurde jüngst über reaktionäre Ausschreitungen der in die Marine aufgenommenen Teile der Brigade Ehrhard in Kuxhaven berichtet. Anderwärts steht es nicht anders aus. In Kiel herrschen ganz ähnliche Zustände, seitdem die verfassungstreuen Marinemannschaften zum großen Teil durch Angehörige der berüchtigten Brigaden Ehrhard und Loewenfeld ersetzt worden sind. So fand jüngst in Kiel im Schloßhof eine öffentliche antisemitische Versammlung des Deutschen Schutz- und Trutzbundes statt, auf der sich der ehrenwerte Knüppellunze aus Berlin produzierte. Die Agitation für diese Versammlung wurde in den Straßen Kiels durch Matrosen in Uniform betrieben, die das Hakenkreuz angelegt hatten.

Durch die vom Genossen Stock geleitete Untersuchungskommission ist ferner gegen eine Anzahl Kieler Marineoffiziere wegen ihres Verhaltens in den Kapptagen Dienstentlassung bzw. Dienstenthebung beantragt worden. Bisher ist aber noch keine einzige Entlassung seitens der obersten Marinebehörde durchgeführt worden. Selbst ein Kappist, wie der Oberleutnant z. S. Wever, der mit Admiral v. Lewetzow zusammen flüchtete, als der Putsch in Kiel zusammenbrach, tut heute noch immer Dienst. So sieht die Reinigung der Marine durch Herrn Geßler aus!

Herr Heilmann vergißt, daß die bösartigen Kinder Geßlers von Noske großgezogen worden sind.

Fortdauer der Kämpfe in Belfast. In Belfast kam es Freitag nacht zu erneuten Kämpfen. Am Tage trat, abgesehen von einzelnen Schüssen Beruhigung ein. Die Verluste betragen bisher 10 Tote und zwei- bis dreihundert Verwundete. Der durch Geschosse und Plünderungen verursachte Schaden ist beträchtlich.

Die Unterzeichnung beschlossen. Der türkische Kronrat hat die Unterzeichnung des Friedensvertrages beschlossen.

Berliner Gefängnisse

Von Ignaz Wrobel.

Man muß drin gesessen haben, um über sie schreiben zu können. Man muß diese Justizpflege am eigenen Leibe erfahren haben, um etwas Wirksames über sie aussagen zu können. Man darf sie nicht mit den Augen eines berichtenden Landgerichtsdirektors betrachten. Man muß sie von unten her sehen.

Hans Hyan tut das in einem Büchelchen „Berliner Gefängnisse". (Verlag von Puttkammer u. Mühlbrecht, Berlin 1920.)

Die Strafen der deutschen Justiz sind keine Strafen. Strafe muß etwas sein, das in irgend einer Beziehung und in irgend einem Verhältnis zum Delikt steht. Strafe muß irgend einen Zweck haben. Diese deutschen Strafen regnen auf dich herab wie die Hagelkörner, niemand weiß vorher, wie sie ausfallen werden, und niemand weiß, wen sie treffen. Man müßte einmal zusammenstellen, was man in Deutschland alles für sechs Monate Gefängnis begehen darf. Es kämen die erstaunlichsten Dinge zusammen. Und diese Strafen nützen auch nichts. Sie zerbrechen vielleicht den Menschen (wenn er wertvoll ist; der Zuhälter trägt diese Freiheitsunterbrechungen als Geschäftsrisiko und Betriebsspesen). Die Strafverhängung ist neben dem deutschen Militarismus der dunkelste Punkt dieses Landes. Eine vom Monarchismus und dem Klassenstaat gezüchtete Kaste fällt unbeirrbar auf Grund ihrer alten Weltanschauung die alten Urteile weiter, und niemand fällt ihr in den Arm. Aber das ist ein weites Feld. Die Strafvollstreckung liegt nun aber so im argen, daß sie jede, und sei es die kleinste wohltätige Wirkung der Rechtsprechung in ihr Gegenteil verkehrt. Ob der Richter bei uns unabhängig ist, steht dahin. Daß es der Exekutivbeamte sicherlich ist, scheint gewiß.

Hyan kennt seine Gefängniswelt. In Preußen ist doch das so: Wenn einer etwas ausgefressen hat und man klappt ihn dabei, so ist er von diesem Augenblick an rechtlich so gut wie vogelfrei. Die Kinder auf der Straße spielen Räuber und Gendarm und das erste, was der Gendarm mit dem Räuber tut, ist, daß er ihn fürchterlich verhaut. Das ist dem Leben nicht schlecht abgelauscht, dem deutschen Leben, wo der Arrestant zu einer Menschengattung zweiten Stils heruntersinkt. Für das Publikum ist der Arretierte eine Art Kinderschreck, der vollkommen außerhalb des bürgerlichen Lebens steht. Für ihn gelten nicht Gesetz und Recht — während sie doch in Wirklichkeit gerade für ihn gemacht sind — und es verstärkt sich das alte Bild und die alte Vorstellung, daß der deutsche Gerichtssaal gewissermaßen die gute Stube darstellt und die Strafanstalten Küche und Kammer. Da unten aber ists fürchterlich . . .

Hyan beleuchtet das alles. Er erzählt von den einzelnen Gefängnissen Groß-Berlins: von Tegel, wo es für die Gefangenen noch nicht einmal Wasserklosetts gibt, von Plötzensee, wo die altertümliche Bauart des Hauses Mißhandlungen begünstigt, von Moabit, wo Preußen seine Untersuchungsgefangenen wie die letzten Canaillen behandelt und vor allem wie Schuldige behandelt, von Moabit, wo man die Strafrechtsmaschine klappern hört. Und alle, alle Staatsanwälte und Richter und Referendare und Assessoren: sie haben nur den einen Wunsch, den Armen schuldig werden zu lassen. Hyan erzählt vom Frauengefängnis in der Barnimstraße, von der Fürsorgestelle im Polizeipräsidium und vom wichtigsten Punkt des ganzen Gebietes: von der Beamtenschaft.

Er läßt dieser Beamtenschaft alle Gerechtigkeit widerfahren. Er bespricht ihre erbärmlichen Lohnverhältnisse, er weist ganz ausgezeichnet darauf hin, wie die „Beamtenwürde" ein Aequivalent für die mangelhafte Entlohnung war und ist, und die demokratische Republik arbeitet ja mit den lächerlichsten Chinesentiteln genau so weiter, wie der alte kaiserliche Laden. Und vor allem sagt Hyan, daß diese alten Militäranwärter, diese sogenannten „Zwölfender", (so genannt nach der Zahl der Jahre, die sie bei den Preußen heruntergerissen hatten) — daß dieses Beamtenmaterial im großen und ganzen für seine Aufgabe ungeeignet ist. Eine militaristische Erziehung, die immer und überall nur Rangunterschiede sieht und sehen lehrt, ist nicht die Schule für einen der schwierigsten Berufe, die es überhaupt gibt. Das was sich da bei diesem mangelhaften Gefängnisapparat, der in den Arbeitshäusern zum Skandal wird, herausgebildet hat, ist garnichts anderes als eine Maschine zum Menschenschinden. Die jungen Studenten lernen allerhand Theorien über das Wesen der Strafe: sie könne Abschreckung sein oder Vergeltung oder Besserung. Sie ist in Wahrheit keins von den dreien. Die schönen Symbole, die in Stein gehauen, die Fassaden der deutschen Gerichtshäuser zieren, sind Puppenkram und sauler Kulissenzauber. Die Strafe wird ausgesprochen von solchen, die sie nicht kennen und vollstreckt von solchen, denen der Eingelieferte ein rechtloses Stück Vieh ist. Reglements helfen da gar nichts. Es kommt auf die Betrachtungsweise an.

Das Buch von Hans Hyan ist für jeden Kriminalforscher als Material wertvoll. Dicke gelehrte Wälzer tuns nicht; es sind die kleinen Züge, die Wert und Ausfall, Wirkung und Verlauf einer solchen Strafe bestimmen. Nach der Lektüre des Büchelchens kochen einem die Adern: oben wirft der Richter grau und stumpf lebendige Menschen in den Trichter einer ungeheuren Maschine — und gerädert, mit zermalmten Knochen, zerschlagen und seelisch zerprügelt, speit sie dieser fürchterliche Apparat wieder aus und überweist sie dem Verein zur Besserung entlassener Strafgefangener. Ihr erfahrt, wenn ihrs noch nicht wußtet, daß die dümmsten und widerwärtigsten Bestimmungen von den Disziplinarstrafen und von der Polizeiaufsicht heute noch bestehen, und daß dieses stumpfsinnige Paragraphenvolk lieber Tausende von Menschen unglücklich werden läßt, als daß es die schlimmsten Auswüchse der Strafjustiz beseitigt. Die bedächtigen Politiker mit dem demokratisch hängenden Hosenboden vertrösten uns auf die große Strafrechtsreform. Und inzwischen zuckt das und krümmt sich in den Dunkelarrestzellen deutscher Gefängnisse. Was kommts drauf an? Lumpen und Verbrecher, Diebe oder am Ende Kommunisten. . . .

Die Zustandsschilderungen Hyans sind lesenswert, weil wir alle wissen wollen, auf welcher schönen Erde wir spazieren. Man kann hier viel ändern und reformieren und bessern. Im einzelnen. Letzten Endes aber wird eine großzügige Strafrechtsreform, und damit eine Reform der Strafvollstreckung überhaupt erst möglich sein, mit einer vollkommenen Umwälzung dieser faulen und morschen Welt: durch eine wahre Revolution.

Arbeit!

Der sechste Monat war es nun schon, daß er tagtäglich den Arbeitsnachweis betrat. Mit einer winzigen Hoffnung ging er des morgens hin, und mit verzagter Kraft seines Herzens entfernte er sich des Mittags wieder. Und so auch heute.

Sein Weg führte ihm den Norden Berlins entgegen. Hohe graue Mietskasernen, schlechte unansehnliche Häuser tauchten auf. Arme, kleine Kinder mit blassen Gesichtern, schmutzigen Händchen, alte, durchfurchte Gesichter von Frauen, zerschlissenes Tuch um den Leib geschlagen, Züge, gezeichnet vom harten Leben, Kämpfen . . . Entsagen . . .

Vor einem alten, fast baufälligem Haus, machte der Arbeitslose Halt, ein paar Sekunden nur, dann schritt er über einen düsteren, lichtlosen Hof, stieg die knarrenden Treppen empor, dann noch eine Tür, er drehte den Schlüssel im Schloß herum und trat ein.

Eine müde Stimme irrte ihm entgegen.

„Helmut, du?"

„Ja, Mutter," gab er tonlos zurück.

Eine welke, abgezehrte Hand bot sich ihm zum Gruße.

„Hast du Arbeit?" Heiser lispelte sie die Worte hervor.

Immer wieder, täglich hörte er die Frage von den Lippen der Kranken sprechen. Seine Antwort war das klanglose „Nein".

So vergingen noch viele Tage, wo er nach Arbeit herum irrte. Doch sollte es kommen, daß er etwas fand. Ein klarer Sommertag brach an. Viele Strahlen sandte die Sonne hernieder, füllte die dumpfen Zimmer, machte die Wohnungen hell und freundlich. Manches arme Menschenherz hatte Freude daran, als klänge ihnen ein winziges Lied von kommenden besseren Tagen entgegen. An solchem Tage kehrte er eines Vormittags heim, ein seltsames Leuchten in seinen Augen und freudig tönte es seiner alten Mutter entgegen, nur das eine Wort „Arbeit"!

Am nächsten Tage strebte er dem Innern der Stadt zu. Ein großes Gebäude, über einen Fabrikhof und dann stand er in einem großen Saal mit vielen Maschinen. Ein Hämmern und Sausen schlug ihm entgegen, ein Hasten und Jagen, ein Hin und Her der vielen Arbeiter. Und nochmals klang es in ihm, freudig und heiter „Arbeit".

Lotte Heller

Der weiße Terror in Ungarn und Deutschland

Während die ungarische Regierung nach wie vor die bestialischen Morde und Mißhandlungen an ungarischen Proletariern durch die reaktionären christlichen Offiziersbanden leugnet, bringt jeder Tag eine neue Fülle von Dokumenten, die das Gegenteil beweisen. Das Züricher „Volksrecht" veröffentlicht jetzt den Wortlaut eines vertraulichen Erlasses, den der berüchtigte Militärkommandant von Budapest, Feldmarschall-Leutnant Dani über die Behandlung der Inhaftierten an die ihm unterstellten Kommandos gegeben hat.

Das Dokument lautet:

Streng vertraulich! Z. D. 837/1920.

An sämtliche dem Königlichen Ungarischen Budapester Distriktskommando untergestellten Kommandos:

Es ereignete sich in vielen Fällen, daß über die schlechte Behandlung der durch die Militärbehörden verhafteten Individuen Nachrichten ins Ausland gelangt sind, ja, in mehreren Fällen kam es auch vor, daß der Verhaftete durch seine Verbindungen (Verteidiger usw.) einzelne, die ungarischen Behörden in schlechte Beleuchtung setzenden Fälle den hiesigen Entente-Missionen zur Kenntnis gebracht hat.

a) Obwohl es im allgemeinen wünschenswert ist, daß die Militärbehörden gegenüber den verhafteten Personen schonungsvoll vorgehen, so sind in manchen Fällen doch **kräftigere Maßregeln notwendig.** Infolgedessen ordne ich an, daß diese Personen auch nach ihrem Verhör, **solange die äußeren Symptome der ihnen gegenüber zur Anwendung gebrachten kräftigeren Maßregeln wahrgenommen werden können, unter die strengste Absperrung genommen werden müssen,** so daß sie den Besuch keiner einzigen Person (auch des Verteidigers nicht) empfangen können.

b) Zugleich ordne ich an, daß die einem derartigen Verfahren unterliegenden Personen bis zur Erfüllung der unter a) erwähnten Bedingungen den Zivilbehörden nicht übergeben werden können.

Für die Einhaltung dieses Erlasses sind die Kommandanten persönlich verantwortlich.

Budapest, den 11. Juni 1920.

General Dani m. p."

Eines Kommentars bedarf dieser Befehl wohl nicht?!

* * *

Aus dem Blatte „Az Ember" übermittelt unser Münchener Parteiorgan „Der Kampf" folgende Meldungen der Mörderdetachements:

Detektiv-Abteilung des Szegediner Vierten Jäger-Bataillons
3227/1920.

Dienstzettel!

Budapest, 1. März 1920.

Ich verständige die Detektiv-Abteilung des Stuhlweisenburger Jäger-Bataillons, daß die gesuchten 2 Personen am 26. Februar in die Kehlenfelder Kaserne überführt wurden, **von wo sie am 28. verschwanden.**

Tataesi m. p., Hauptmann.

Szegediner Jäger-Bataillon: lies Pronay-Detachement — Stuhlweißenburger Jäger-Bataillon: lies Oszenburg-Detachement — 2 Personen verschwanden: lies ermordet.

Ein zweites Dokument lautet:

Detektiv-Abteilung des Szegediner 4. Jäger-Bataillons.
Beitrag zum Tagesbefehl Nr. 141.

Budapest, 21. Mai 1920.

Wie festgestellt wurde, rühmten sich mehrere Detektiv-Offiziere, in fremder und sogar in Zivilgesellschaft, ihrer Handlungen, was natürlich dem guten Rufe der Detektiv-Abteilung höchst schädlich ist, weil diese Nachrichten **sogar an die ausländischen** Missionen gelangen und dadurch unsere Forschungstätigkeit gefährdet wird. Bei dieser Gelegenheit muß ich dem Herrn Leutnant Salm besonders eine Rüge erteilen, der in Gesellschaft italienischer Offiziere die notwendige Diskretion nicht zu wahren wußte, welcher Umstand zu unangenehmen Entdeckungen Anlaß gab. In Zukunft werden wir in jedem Falle jeden Offizier, jedes Exmittierungsorgan, das die notwendige Vorsicht vergißt, ausschließen.

Bataillons-Kommandant abwesend,

Tataesi m. p., Hauptmann.

Daß die deutschen Weißgardisten aus den kappistischen Reichswehrformationen um keinen Deut besser sind als die ungarischen Genossen, zeigen die erschütternden Berichte, die unser Bruderblatt in Hamborn i. W., die „Freiheit", veröffentlicht. Einer davon lautet wie folgt:

„Schändung eines Mädchens!

Maria Lippert, 20 Jahre alt, befand sich in der Zeit der Kappregierung in Bottrop bei der Mutter zur Hilfe in der Wirtschaft. Ihre beiden Brüder, Albert und Johann, 25 und 22 Jahre alt, gingen zur Roten Armee, um die Kappregierung zu bekämpfen. Albert fiel in Bottrop, Johann flüchtete ins besetzte Gebiet. Als die Revolution durch die weiße Garde niedergeschlagen war, wurden die Brüder von Noskiden gesucht, aber nicht gefunden. Dann holte man die Schwester unter dem Vorgeben, sie hätte Landfriedensbruch begangen. Das Mädchen wurde schon unterwegs auf dem Marsche zum Rathaus nach Bottrop vor allen Leuten mit **Reitpeitsche und Gummischlauch furchtbar mißhandelt, blutig geschlagen.** Die Leute, die Einspruch dagegen erhoben, wurden mit Erschießen bedroht. Als das Mädchen in der Zelle war, wurde sie aufgefordert, die Beinkleider auszuziehen; da es sich weigerte, von dem Lumpen gefaßt, über einen Schemel gelegt, die Beinkleider wurden ihm abgerissen und es wieder bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen mit Peitsche und Gummischlauch. Es war dieses am 27. April.

Am 28. April kam der Anführer dieser Rotte wieder in ihre Zelle und frug das Mädchen, ob es geschlechtskrank wäre. Das Mädchen verneinte die Frage. Es wurde dann von diesem Frauenschänder, Sergeant Adler, indem er seinen Revolver vor ihren Augen lud und ihn ihr auf die Brust setzte, gezwungen, den Beischlaf 3 Nächte zu dulden. Darauf wurde die Geschändete nach Essen transportiert und, da sich gegen sie nicht das geringste nachweisen ließ, wieder entlassen.

Nachdem diese Lumpen ihre viehischen Triebe gestillt hatten, wurde das Mädchen noch schwer verletzt, indem ihr ein Gummischlauch in die Geschlechtsteile hineingetrieben wurde, so daß sie anfänglich gar nicht gehen konnte und bis heute noch arbeitsunfähig ist. Zwei Aerzte verweigerten jede Untersuchung, auch Atteste, bis Dr. Zorn in Bottrop das Mädchen annahm und ihm ein Attest ausstellte. **Er sagte, er hätte solche Scheußlichkeiten überhaupt noch nicht behandelt.**

Alles dieses ist durch ärztliches Attest erwiesen, und da das Mädchen der U. S. P. D. angehört, von dieser dem Gericht übergeben worden. Auch ist ein Schreiben an den Reichswehrminister abgegangen.

Der Hauptschuldige, der Frauenschänder, ist der Sergeant Adler, 2. Marine-Brigade Oberleutnant Arnaud de la Piere, Sturmbataillon, Brigade Löwenfeld. — Davon, daß diese Bestie in Menschengestalt zur Rechenschaft gezogen worden wäre, hat man noch nichts gehört."

Diesem erschütternden Bericht unseres Parteiblattes wollen wir noch hinzufügen, daß die Freikorpsbanden, die im Ruhrgebiet hausten, durchweg in die Reichswehr aufgenommen worden sind. Das Sturmbataillon des Oberleutnant Arnaud de la Piere ist, ebenso wie die Löwenfeld-Meuterer, in eine „Schiffsstammformation" umgetauft worden. In Wilhelmshaven durchziehen die Horden bereits mit schwarz-weiß-roten Fahnen die Stadt und provozieren die Bevölkerung.

Die Protestkundgebung

Für Sowjetrußland!

Zu Tausenden folgte gestern das Berliner Proletariat dem Rufe der Groß-Berliner Parteileitungen der U. S. P. D. und K. P. D., um gegen die Absicht der Reaktion, die ungarischen Revolutionäre ihrem Henker auszuliefern, Protest zu erheben.

Wie üblich, hatten sich die Arbeiter in ihren Betrieben zu geschlossenen Zügen formiert, um gemeinsam dem Berliner Lustgarten zuzustreben. Die Berliner Sicherheitswehr hatte den Bannkreis abgesperrt, so daß es nicht allen Demonstranten möglich war, rechtzeitig den Versammlungsplatz zu erreichen.

Von den Terrassen des Doms und des Alten Museums geheilten die Redner, von der U. S. P. D. die Genossen Ledebour, Luise Zietz, Adolf Hoffmann und Sabath, von der K. P. D. Pieck, Brandler und König in kurzen markanten Zügen das Verhalten der deutschen Regierung in der Frage der Auslieferung Bela Khuns und der anderen ungarischen Revolutionäre. Die Haltung der Regierung lasse die Befürchtung zu, daß die ungarischen Revolutionäre der ungarischen Henker- und Mörderregierung ausgeliefert werden sollen. Es sei deshalb Ehrenpflicht des revolutionären deutschen Proletariats, dies mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

Darüber hinaus müsse aber auch verhindert werden, daß unter Bruch der von der deutschen Regierung feierlichst zugesagten Neutralität Deutschland in den russisch-polnischen Krieg hineingezogen wird. Die deutsche Regierung hätte aber auch die Verpflichtung, **zu verhindern, daß Truppentransporte der Entente durch Deutschland nach Polen geführt werden.** Da dies in den letzten Tagen bereits geschehen sei, habe die deutsche Regierung bewiesen, daß sie weder den Willen noch die Kraft habe, die gegen Sowjetrußland gerichteten Truppentransporte der Entente zu verhindern. Aufgabe des deutschen Proletariats sei es, hier einzugreifen und besonders die deutschen Eisenbahner hätten die Aufgabe, die Durchführung der Truppentransporte nach Polen zu verhindern. Sollten die Protestaktionen des deutschen Proletariats keinen Erfolg haben, dann müsse es sich zum schärfsten Kampf bereithalten. Die deutsche Arbeiter- und Beamtenschaft dürfe nicht ruhen, durch starke disziplinierte Solidarität unsere russischen Brüder in ihren Bestrebungen zu stützen, die siegreiche russische Revolution zu schützen gegen die Machenschaften des internationalen Imperialismus und Kapitalismus — für den Sozialismus, für die Weltrevolution.

Einige Redner der K. A. P. D. und einige, die anscheinend der Spitzelgilde angehören, versuchten noch, in der bekannten provokatorischen Weise einige radikale Phrasen an den Mann zu bringen, konnten sich aber kein Gehör verschaffen. Der Besuch der Kundgebung litt an der überstürzten Bekanntgabe.

Kappjustiz in Mecklenburg

Das Schwurgericht zu Schwerin verurteilte wegen angeblicher „vorsätzlicher Tötung" des Administrators Trotsche drei Landarbeiter zu je drei Jahren Gefängnis. Der Anklage lag folgender Tatbestand zugrunde: Während des Kapp-Putsches bewaffneten sich die mecklenburgischen Landarbeiter aus den Beständen der reaktionären Waffenlager. Sie forderten dann die Gutsbesitzer, die sich für die Verbrecherregierung Kapp-Lüttwitz erklärt hatten, zur Abgabe der Waffen auf. Dabei trat ihnen der Administrator Trotsche mit gezogenem Revolver entgegen. Es kam zu einem gegenseitigen Feuergefecht, dabei wurde Trotsche verwundet und erlag später seinen Verletzungen. Den Angeklagten konnte lediglich die Teilnahme an dem Feuergefecht nachgewiesen werden. Wer den tödlichen Schuß abgab, ist nicht festgestellt. Die Verurteilung ist also selbst juristisch unhaltbar. Sie widerspricht aber auch der Vereinbarung, die schriftlich zwischen den Aktionsausschüssen und der Schweriner Regierung am 20. März 1920 festgelegt wurde. Durch diese ist eine Bestrafung der Kapp-Putschisten vereinbart, die bis heute nicht in einem einzigen Falle vorgenommen wurde, und eine völlige Amnestie für alle Handlungen, welche bei der Abwehr des Kapp-Putsches verübt wurden. Diese Amnestie ist aber nicht Gesetz geworden. Der (alte) Landtag (in dem die U. S. P. nicht vertreten war) beschloß nur eine Amnestie für Verbrechen gegen die öffentliche Ordnung und Sicherheit. Und die Minister, die sich schriftlich zu einer allgemeinen Amnestie verpflichtet hatten, erklärten sich mit dieser Teilamnestie einverstanden.

Die Verurteilten sind Rechtssozialisten. Die S. P. D.-Fraktion im (neuen) Landtag tat aber nichts für sie. Die U. S. P.-Landtagsabgeordneten wollten eine Interpellation einbringen. Diese braucht acht Unterschriften, die U. S. P. hat jedoch nur fünf Sitze. **Es gelang unseren Genossen nicht, die drei fehlenden Unterschriften von den Rechtssozialisten zu erhalten!** Durch unsere Kritik konnten wir bisher nur erreichen, daß die Strafverfolgung vorläufig ausgesetzt wird.

Es stehen noch weitere Prozesse zu erwarten. **So sind die Mitglieder des Malchiner Aktionsausschusses wegen „Mordversuch" an den Grafen Hahn,** der bei Nichtherausgabe der Waffen verwundet wurde, ebenfalls in Anklagezustand versetzt. **Der Staatsanwalt behauptet, daß die Strafverfolgung auf Antrag des rechtssozialistischen Justizministers Henck eingeleitet sei!**

Ein anspruchsvoller Kappist

Der berüchtigte Reaktionär Oberbürgermeister Dr. Rive von Halle, war nach den Märztagen, weil er das Kappverbrechen unterstützt hatte, in eine Untersuchung gezogen worden, während der er vom Amte beurlaubt wurde. Weil eine Krähe der anderen die Augen nicht aushackt, fand eine vorgesetzte Behörde in seinem Verhalten nichts Strafbares, da aber beide sozialistischen Fraktionen des Stadtparlaments ihm ein geharnischtes Mißtrauensvotum ausstellten, reichte Rive sein Rücktrittsgesuch ein. Das wurde angenommen und man glaubte, damit sei die Sache erledigt. Aber das dicke Ende kam nach! Der bescheidene „Ober", der sich von der alten Stadtverordnetenversammlung nach der Revolution wohlweislich noch einmal auf 12 Jahre hatte wählen lassen, stellte folgende finanzielle Forderungen an die Stadt:

Volles Gehalt bis 1. April 1930, und zwar nach den Sätzen, die die zukünftige Besoldungsreform für den Oberbürgermeister vorsehen wird (nach Rives Angaben **mindestens 62 700 Mark jährlich). Vom 1. April 1930 an soll etwa ¾ des Gehaltes als Pension bis zum Lebensende weitergezahlt werden. Der** Wiedereintritt in ein Amt bei Wirtschaftsgesellschaften, eine Stellung bei der Privatindustrie, die Ausübung eines Privatberufes oder Betreibung eines selbständigen Geschäftes soll auf die Gehalts- und Pensionszahlung ohne Einfluß sein. Die Beibehaltung der freien Wohnung auf Lebenszeit ist durch Vertrag sichergestellt, doch fordert Dr. Rive schließlich eine besondere Erhöhung der Witwen- und Waisenversorgung.

Diesen unglaublichen Anschlag auf den Stadtsäckel lehnten die Stadtverordneten einstimmig ab. Wir finden das reichlich unsozial. Das Beste ist, der Staat wirft für alle Kappisten, einschließlich der Arbeitermörder aus den Kreisen der Offiziere und Studenten, eine jährliche Pension bis ans Lebensende aus. Denn diese Leute haben sich wirklich um das Vaterland verdient gemacht.

Kreistagswahl im Saargebiet

Die Kreistagswahl brachte im Kreise Saarbrücken den Bürgerlichen Parteien 19 und den Sozialdemokratischen Parteien ebenfalls 19 Sitze ein. Es erhielten: Demokraten 1, Zentrum 16, Wirtschaftliche Vereinigung 2, Rechtssozialisten 11, Unabhängige 8 Sitze. Die Wahlbeteiligung auf bürgerlicher Seite war sehr schwach. — Im Kreise Ottweiler entfallen auf Zentrum 17, Demokraten 1, Deutsche Volkspartei 2, Rechtssozialisten 8, Unabhängige 5 Sitze. — Im Kreise Saarlouis wurden gewählt: Liste Fabier 1, Zentrum 17, Rechtssozialisten 6, Deutsche Volkspartei 1, Unabhängige 5, Christliche Landpartei 1 und Parteilos 1 Sitz. — Im Kreise St. Wendel verteilen sich die Sitze wie folgt: Zentrum 12, Rechtssozialisten 5, Land- und Bürgerpartei 2, besondere Liste der Einwohner von Alsweiler 2. — In Homburg erhielten nach vorläufiger Schätzung Zentrum 10, Vereinigte Mittelständler, Liberale und Demokraten je 1, Freie Bauernpartei 3, Rechtssozialisten 5 und Unabhängige 1 Sitz.

Die Regierungsbildung in Thüringen. Die unabhängige Fraktion des thüringer Landtages lehnte den Antrag ab, in eine Regierung einzutreten, an welcher die Rechtsparteien beteiligt sind.

Aus der Partei

Kreiskonferenz im Wahlkreis Recklinghausen

Am Sonntag, den 18. Juli, fand in Buer eine Kreiskonferenz des Wahlkreises Recklinghausen-Borken statt. Aus dem Geschäftsbericht ging hervor, daß dieser reine Bergarbeiterkreis unter dem Kapp-Putsch am meisten gelitten hat. Alle Orte haben Tote zu beklagen und eine Reihe Parteifunktionäre sind noch heute auf der Flucht. Die Organisation hat durch diesen Zustand gelitten. Das Parteiorgan „Die Ruhrwarte" ist eingegangen und an seiner Stelle ist in letzter Zeit das Essener Parteiblatt eingeführt worden. Trotz dieser Vorkommnisse ist die Stimmung im Kreise sehr gut. Bei der Reichstagswahl haben wir sehr gut abgeschnitten.

Der Abgeordnete des Kreises, Genosse Josef Ernst, sprach über die politische Lage und die Aufgaben der Partei. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 18. Juli stattgefundene Generalversammlung der U. S. P. des Kreises Recklinghausen-Borken erklärt: Der Brief des Parteivorstandes in der Frage der Regierungsbildung wird der Sachlage nicht vollkommen gerecht. Wenn auch anerkannt werden muß, daß zurzeit eine Regierungsbildung mit bürgerlichen Parteien unmöglich ist, da dieselbe nur die Fortsetzung der alten arbeiterfeindlichen Koalitionsregierung bedeutet, so wäre die Bildung eines rein sozialistischen Ministeriums stets zu bejahen, um dadurch zu beweisen, daß wir zur praktischen Durchführung unserer volkswirtschaftlichen Ziele bereit sind. Die schroffe Haltung des Briefes Crispiens gibt den Rechtssozialisten erwünschte Gelegenheit, die Wählermassen vom Kern der Sache abzulenken. Schon aus rein taktischen Erwägungen heraus hätte die Antwort des Parteivorstandes anders lauten müssen, obschon durch das Geheimzirkular der Rechtssozialisten vom 9. Juni erwiesen ist, daß dieselben an eine Zusammenarbeit mit der U. S. P. nicht dachten und nur aus rein agitatorischen Gründen die Anfrage an Crispien richteten.

Die Generalversammlung erwartet, daß in Zukunft bei solch wichtigen Anlässen die gesamte Reichstagsfraktion zugezogen und die Entscheidung nicht durch den Parteivorstand getroffen wird."

Auch zu den Verhandlungen in Spaa nahm die Konferenz Stellung. Als reiner Bergarbeiterbezirk protestierte er gegen das Gebahren von Stinnes und Genossen und erklärte, daß die revolutionäre Bergarbeiterschaft gar nicht daran denke, sich vor den nationalen Karren der deutschen Kapitalisten spannen zu lassen.

In der Frage der Agitation wurde beschlossen, sofort noch zwei Parteisekretäre anzustellen.

*

Die Resolution unserer Recklinghauser Genossen hebt vollkommen zutreffend die Tatsache hervor, auf die es vor allem ankommt: daß die Rechtssozialisten nur aus rein agitatorischen Gründen die Anfrage an den Genossen Crispien richteten, sich an der Regierungsbildung zu beteiligen. Diese Tatsache, die durch das Geheimzirkular der S. P. D. vom 9. Juni dokumentarisch erwiesen ist, muß zur Abwehr aller demagogischen Angriffe der Rechtssozialisten gegen unsere Partei vor allem in den Vordergrund gerückt werden, denn aus ihr ergibt sich, daß unsere Partei in der Frage der Regierungsbildung eine vollkommen richtige Haltung eingenommen hat. Die Kritik unserer Recklinghauser Genossen richtet sich denn auch keineswegs gegen die grundsätzliche Haltung des Zentralkomitees, sondern lediglich gegen die Form des Antwortschreibens des Parteivorstandes, die nach ihrer Ansicht aus taktischen Gründen anders hätte abgefaßt werden müssen.

Schiedsgericht gegen Wauer. Wir werden um Veröffentlichung folgender Zeilen gebeten: Gegen den Gen. William Wauer in Wilmersdorf war ein Ausschlußverfahren aus der Partei beantragt worden, weil er während des Märzputsches mit Oberst Bauer und Kapp verhandelt hätte, ohne die Parteiinstanzen vorher von seinem Vorhaben zu befragen. Das eingesetzte Schiedsgericht hat entschieden:

1. Dem Genossen Wauer wird der gute Glaube zuerkannt.
2. Eine parteischädigende Wirkung seiner Handlungsweise konnte dem Gen. W. nicht nachgewiesen werden.
3. Das Verhalten des Gen. W. war disziplinwidrig und ist zu rügen.

Aus diesem Grunde erteilt das Schiedsgericht dem Gen. Wauer einen Verweis. W. hatte die Pflicht, von seinem Vorhaben dem Ortsvorstand der Partei vorher Kenntnis zu geben.

Emil Lüdke, Vors. des Schiedsgerichts.

Dienstag, den 27. Juli, abends 7 Uhr

in folgenden Lokalen

große öffentliche Versammlungen

Neue Welt, Hasenheide,
Germania-Prachtsäle, Chausseestr. 110,
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 310,
Moabiter Gesellschaftshaus, Wiclefstr. 24,
Viehhofbörse, Eldenaer Str. 37,
Prachtsäle Wandlick, Am Treptower Park 27

Tagesordnung:

„Spaa und die Lage im Osten"

Referenten: **Breitscheid, Kurt Geyer, Herzfeld, Kurt Rosenfeld, Toni Sender und Mathilde Wurm**

Nur bis Sonnabend, 31. Juli!

Saison-Ausverkauf

Angebote mit großen Preisermäßigungen

Kleiderstoffe, Seidenstoffe, Waschstoffe, Leinen, Wäschestoffe, Strümpfe, Trikotagen, Handschuhe, Gardinen, Teppiche, Möbelstoffe

Bekleidungsgegenstände und Wäsche

für Damen, Herren und Kinder

S. Adam
Bette, Bud & Lachmann
Gustav Cords
Herrmann Gerson
F. V. Grünfeld Landeshuter Leinen- und Gebildweberei
Rudolph Hertzog
A. Jandorf & Co.
Heinrich Jordan
N. Israel

Kaufhaus des Westens G. m. b. H.
Kersten & Tuteur Das Haus der Marken
D. Levin
R. M. Maassen G. m. b. H.
V. Manheimer
Michels & Cie.
Arnold Müller
Hermann Tietz
A. Wertheim G. m. b. H.

Gebr. Wolff & Keller

Kohlen-Debatte im Reichs-Wirtschaftsrat

Die vaterländische Pflicht

Unsere Bemerkungen zu den Beratungen des hohen Reichswirtschaftsrates am Donnerstag sind der „Post“ unangenehm. Das sollten sie sein! Das Blatt der Industriemagnaten, der Schieber und Wucherer, findet es empörend, daß wir für die Bergarbeiter eine Vermehrung ihrer Rechte fordern, ehe sie in eine Mehrleistung willigen. Das Blatt entleert seine Kübel über unser Haupt, weil wir es — mit dem Reichsarbeitsminister — gewagt haben, Opfer vom Kapital, Verbesserungen der Betriebstechnik unter Aufsicht von Arbeiterräten mit wirklichen Machtbefugnissen zu fordern. Wir verfolgten den Zweck, „die Bergarbeiter von ihren vaterländischen Pflichten abzuhalten“. Statt „an die Arbeit zu gehen“, sollen die Arbeiter „politische Arbeit tun“. Die „Post“ meint also, die Bergarbeiter haben einfach an die Arbeit zu gehen, ihre „vaterländische Pflicht“ zu erfüllen, zu schanzen — und die Unternehmer tun ihre vaterländische Pflicht und gehen „an die Arbeit“, indem sie die aus der Mehrförderung fließenden Ueberschüsse einstecken. Das aber gilt es zu verhüten. Der Zorn der „Post“ beweist uns nur, daß wir die richtige Stelle getroffen haben.

Das mit der „vaterländischen Pflicht“ kennt die Arbeiterschaft aus der Kriegszeit. Sie hat gesehen, wohin dieser Weg führt und ist zu einem großen Teil zur Besinnung gekommen. Indes sehen wir zu unserem Bedauern, daß der alte Bergarbeiterverband — von den Christen gar nicht zu reden — noch immer Neigung zeigt, auf die vaterländischen Leimruten zu kriechen. Auch in der gestrigen Debatte im Reichswirtschaftsrat ist von dieser Seite kein Wort gefallen, das darauf schließen ließe, daß die Vertreter der Bergarbeiter die Courage aufbringen, die Bewilligung von Ueberschichten abhängig zu machen von wirksamen Garantien dafür, daß der Kohlenbergbau den Klauen der Profitgier entrissen wird. Warum hat man Herrn Imbusch vorgeschickt? Wenn dem so ist, dann wird es allerdings so kommen müssen, wie die „Post“ schreibt: Dann werden die Bergarbeiter Versammlungen abhalten müssen, um ihren Führern den rechten Weg zu zeigen, bevor sie „an die Arbeit gehen“.

Die „Post“ aber ist hellseherisch. Sie sagt voraus:

„Man darf sicher sein, daß zur Stunde bereits eine ganze Anzahl Agitatoren unterwegs sind, um im Ruhrgebiet die Bergarbeiter „aufzuklären“. Man wird davon sehr bald zu hören bekommen. Wenn es der Regierung ernst ist mit der Erfüllung des Spaa-Abkommens, so darf sie solche gefährlichen Quertreibereien natürlich nicht dulden. Sie muß diesen niederträchtigen Versuchen, die Bergarbeiter wankend zu machen, mit allen Mitteln begegnen und der neuen Hetzpropaganda, die da im Anzug ist, einen Riegel vorschieben. Tut sie das nicht, so kann sie die Hoffnung, monatlich zwei Millionen Tonnen Kohlen für Frankreich zusammenzubekommen, heute schon fahren lassen.“

Das ist doch die Aufforderung an die Regierung, die Bergarbeiter mit Gewalt in die Gruben zu zwingen. Hoffentlich lernen sie und ihre Vertreter im Reichswirtschaftsrat und anderwärts daraus, wo der Feind steht, damit sie sich abgewöhnen, auf die Redensarten von jenem anderen „Feind“ hineinzufallen und ihr Augenmerk nur auf ihn zu richten, der „vor den Toren der Ruhrzechen“ steht. Der Feind ist im Rücken der Bergarbeiter. Er will die Situation wahrnehmen, um Mehrleistungen der Arbeiter für die ohnehin gefüllten Taschen der Zechenherren und Kohlenschieber zu erpressen.

Der wirtschaftliche Ausschuß des Reichswirtschaftsrates hat dem Plenum eine Resolution unterbreitet, der eine „Gemeinwirtschaft im Bergbau“ als notwendig anerkennt und die umgehende Stellungnahme dazu in Aussicht stellt. Ist schon diese Zusage — als Garantie für die Erfüllung der Forderungen der Bergarbeiter und der gesamten Arbeiterschaft betrachtet — in Form und Inhalt höchst wacklig, so ist die Haltung der „Post“ ein Zeichen dafür, daß die Widerstände gegen die Erfüllung der Zusage außerordentlich stark und sofort lebendig sein werden, sowie die Bergarbeiter einmal mit den in der Revolution ebenfalls notwendig hingestellten Ueberschichten begonnen haben.

Warum bedient sich die Resolution des höchst vieldeutlichen Ausdrucks „Gemeinwirtschaft“ unter Hinzufügung von allerlei schwammigen Deutungen des Begriffes, statt offen und gerade die uneingeschränkte Sozialisierung zu fordern? Die Vertreter der Afa haben, wie wir erfahren, mit den Abgeordneten Jäckel und Hue und einigen anderen — warum nicht mit allen? — Vertretern der freien Gewerkschaften gegen dieses unstet schillernde Blendwerk gestimmt. Mit Recht!

Der Reichstag hat von der Regierung die sofortige Einbringung und schnellste Erledigung eines entsprechenden Gesetzentwurfes zu verlangen.

Der Sitzungsbericht

4. Sitzung, Sonnabend, 24. Juli 1920.

Am Regierungstische: Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz, Reichsfinanzminister Dr. Wirth Ernährungsminister Dr. Hermes, Reichstagspräsident Löbe.

Vorsitzender Edler v. Braun eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 20 Minuten. Er teilt mit, daß für den ausgeschiedenen Professor Lederer Walter Ra.henau neu in den Wirtschaftsrat eingetreten ist.

Dem Reichswirtschaftsrat liegen bereits zahlreiche Anträge aller Art vor. Die land- und forstwirtschaftliche Gruppe beantragt, die Frage des Steuerabzugs vom Lohne schleunigst zur Erörterung zu bringen. Sie verlangt ferner die Prüfung der Frage des Abzuges betriebswirtschaftlich notwendiger Aufwendungen bei Berechnung des steuerpflichtigen Einkommens. Weiter verlangt sie die Einsetzung eines Ausschusses, der eine Aenderung des Weingesetzes vorberaten soll. Sie tritt ferner für die Einsetzung eines Ernährungsausschusses ein und bittet, die Frage der Beschaffung von Futtermitteln für die Landwirtschaft einer sofortigen Prüfung zu unterziehen, ebenso die Frage der Kohlenversorgung und die ländliche Arbeiterwohnungsfrage. Sie beantragt ferner noch die alsbaldige Einsetzung eines Ausschusses für Forst- und Holzwirtschaft und verlangt Maßnahmen zur Sicherung der Einbringung der Ernte. Ein Antrag Kreil fordert die Reichsregierung auf, zur Entspannung der durch die Kohlenlieferungen an das Ausland geschaffenen Notlage den Ausbau der Wasserkräfte, namentlich in Süddeutschland, sofort zu fördern. Ein Antrag des Freiherrn v. Richthofen regt an, die Kartoffelwirtschaft neu zu regeln.

Das Haus nimmt zunächst eine Reihe von Ergänzungswahlen zu den Ausschüssen vor. Neu in den wirtschaftspolitischen Ausschuß tritt Oberbürgermeister Wermuth-Berlin ein.

Die Aussprache über Spaa

Darauf wird in die Aussprache über die Verhandlungen in Spaa und zwar vornehmlich über das Kohlenabkommen eingetreten.

Abg. Imbusch (Christl. Bergarbeiterverband): Das Abkommen von Spaa ist, vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen, unbefriedigend. Es war die Aufgabe der politischen Reichsleitung, zu erwägen, welches das kleinere Uebel für Deutschland war, die Annahme oder die Ablehnung des Angebotes. **Das Ruhrgebiet kann soviel nicht liefern, wird gesagt. So darf die Frage überhaupt nicht gestellt werden.** Wir müssen fragen: Kann die ganze deutsche Kohlenwirtschaft das Quantum liefern, und können wir in der ganzen deutschen Kohlenwirtschaft die Produktion so steigern, daß wir trotz der zwei Millionen Tonnen unsere Volkswirtschaft erhalten können? Wir müssen wenigstens den ernsthaften Versuch machen, das zu erreichen.

Die Durchführung des Abkommens ist nur möglich, **wenn alle an der Kohlenwirtschaft Beteiligten wirklich zu Opfern bereit** sind. Diese Opfer werden für unser eigenes Volk gebracht, denn unsere Gegner erhalten die ihnen zustehende Menge in jedem Falle. Die Erfüllung unserer Verpflichtung hängt davon ab, daß wir aus Oberschlesien mindestens 1½ Millionen Tonnen bekommen. Unsere Gegner müssen sich darüber klar sein, je mehr sie aus unserer Kohlenwirtschaft herauspressen, um so weniger können wir ihnen auf andern Gebieten liefern. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen mehr als bisher zur Braunkohle und Torf greifen, damit wir mehr Steinkohle zur Verfügung haben. **Die Arbeitszeitverlängerung für Bergarbeiter kann nur als allerletztes Mittel in Frage kommen,** wenn alle übrigen Mittel zur Produktionssteigerung versagt haben. Die Belegschaften müssen vergrößert werden, indem man einen Anreiz zur Bergarbeit schafft durch gute Belohnung und eine zeitgemäße Erhöhung der Renten. — Abgeordneter Imbusch schildert weiter in seiner Rede die traurigen Ernährungszustände im Ruhrrevier, die gebessert werden müsse, wenn die Kohlenförderung erhöht werden soll.

Die Bergleute sind in den letzten Wochen geradezu ausgehungert worden.

Die Verhältnisse in dieser Beziehung sind skandalös. Das Brot ist in ganz unzureichenden Mengen geliefert worden, die Qualität des Brotes, die gestern in der Konferenz im Reichsernährungsministerium von einem Vertreter der Reichsgetreidestelle als direkt gesundheitsschädlich bezeichnet wurde, muß „mindestens ungenießbar“ genannt werden. **Aerzte im Ruhrgebiet haben heute festgestellt, daß das Brot tatsächlich gesundheitsschädlich ist,** und Bergleute haben mir selbst erklärt, daß sich ihnen schon beim ersten Bissen alles im Leibe herumdrehe. Man würde dieses Brot keinem Hund zu fressen geben. Das darf nicht vorkommen. Vom Reichsernährungsministerium ist gestern zugesagt worden, daß Abhilfe in dieser Beziehung geschaffen werden soll. Ich muß ferner darauf hinweisen, daß viele Bergleute sich durch das schlechte Brot ein Magenleiden zugezogen haben. Diesen Erkrankten muß Weißbrot geliefert werden, damit sie ihre früheren Kräfte wiedererlangen. Auch Fett müssen diese Leute bekommen, und zwar nicht nur Margarine zweifelhafter Qualität. **Kartoffeln sind schon seit 4—5 Wochen nicht mehr verteilt worden.** Frischfleisch kennen die Arbeiterfamilien nur noch vom Hörensagen. Pökelfleisch wurde verteilt und ein Gefrierfleisch, dessen Qualität auch nicht mehr einwandfrei war. Bergleute, die Ueberarbeit liefern sollen, müssen Brotaufstrich erhalten, ihnen muß mehr Fleisch und Wurst geliefert werden.

Die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiter muß erhöht werden. Sie dürfen nicht das Gefühl haben, daß ihre Arbeit dazu dient, einzelnen Kapitalisten große Gewinne zuzuschanzen. Wir werden in dieser Beziehung um eine weitere

Sozialisierung im Bergbau

nicht herumkommen, um die Produktion zu erhöhen. Ich hoffe, daß die Vorschläge, die die Sozialisierungskommission in dieser Beziehung ausgearbeitet hat, eine brauchbare Grundlage liefern werden. Aber die Sozialisierung muß erfolgen in einer Art und Weise, die dem heutigen Menschen angepaßt ist. (Lebh. Beifall.)

Stinnes gegen das Abkommen

Nach Imbusch ergreift Abg. Stinnes das Wort. Er führt aus: Meine Stellung zu Spaa ist bekannt. Auf die Mehrförderung infolge des Kohlenabkommens kann nicht gerechnet werden. Für seine Erfüllung kommt in erster Linie das Ruhrkohlenrevier in Frage. Im Sommer 1919 wurden hier täglich 218 000 Tonnen gefördert, im Winter 1920 245 000 Tonnen, und im diesjährigen Sommer ist die Förderung auf 238 000 Tonnen hinaufgebracht worden. Das Spaa-Abkommen wird uns hinter den Stand von dem Sommer 1919 zurückwerfen, obwohl inzwischen im Inlande ein außerordentlicher Mehrbedarf an Kohlen eingetreten ist und der Mehrbedarf sich infolge des Wiedererwachens der Seeschiffahrt auch noch in den nächsten Monaten steigern wird. Ohne Uebergangsfrist werden wir durch das Spaa-Abkommen zu einer absoluten Verschlechterung unserer Kohlenversorgung gezwungen, die uns weit hinter das Frühjahr 1919 zurückführt. Im Vergleich zu 1913 hatten wir einen Stand der Kohlenversorgung der deutschen Industrie von 51 Prozent erreicht, nach dem Spaa-Abkommen werden wir die deutsche Industrie im Vergleich zu 1913 nur noch mit 20 Prozent versorgen können.

Verlieren wir die Hälfte unseres Exportes, dann müssen wir **verhungern.** Dann findet die deutsche Volkswirtschaft ihr Ende, **dann müssen wir Menschen exportieren,** und das können wir nicht. Es darf also nichts versäumt werden, um die Produktion zu erhöhen; das ist viel wichtiger, als von Schuld und Schuldigen am Kriege zu reden. Es muß ferner eine **Wiederholung der Verhandlungen von Spaa verhindert werden.** Die erste Voraussetzung für die Mehrleistung der Bergleute ist ihre

bessere Ernährung nach Qualität und Quantität.

Dem Reichsernährungsminister muß ich dringlich sagen, daß die Untertagearbeiter mehr Brot und Fett haben müssen. Das wäre keine Bevorzugung einer Bevölkerungsschicht, sondern eine ganz selbstverständliche Rücksichtnahme auf die gegebenen Arbeitsverhältnisse. Die Bergarbeiter müssen ferner ernsthaft sehen, **daß die Ueberarbeit nicht in Permanenz erklärt werden soll.** Es muß möglich sein, unter Beibehaltung der achtstündigen Schicht durchzukommen. Das Förderungsziel, das erreicht werden muß, ist die Versorgung der Industrie mit 100 v. H. neben den Leistungen auf Grund des Kohlenabkommens. Dazu ist vor allen Dingen die **Vermehrung der Bergarbeiterschaft** nötig. Sie kann erreicht werden durch angespannte Siedlungstätigkeit, die aber ohne bureaukratische Erschwernisse durchgeführt werden muß. Es muß möglich sein, jährlich 30 000 Wohnungen für etwa 50 000 Bergleute zu schaffen. Wenn das drei Jahre hindurch geschieht, wird die Krise in der Hauptsache zurückgeschraubt sein. Ich beantrage, daß für jedes größere Revier ein Ausschuß von drei Vertretern der Bergarbeiterschaft und von drei Vertretern der Unternehmerschaft gebildet wird. Diesem Ausschuß sind alle Fälle,

Die schwere Stunde

Roman

von

Victor Panin

20]

Den 1. Oktober.

Die Stadt sieht jetzt einem Schlachtfelde gleich. Tag und Nacht hört man hier und dort Salven, einzelne Schüsse, Explosionen von Artilleriegeschossen. An der einen Stelle verstummen diese Schüsse, um an einer anderen wieder zu beginnen. Oft dauert dies stundenlang, oft rast es wie ein Sturmwind vorüber, und dann tritt wieder Stille ein.

Das Getöse dieser Schüsse und Kanonaden übertönt den Lärm der Stadt, der sich scheinbar legt, sich verbirgt .... Im allgemeinen gleicht die Stadt einem schrecklichen Ungeheuer, das zur Erde niedergekauert ist und vor der herannahenden, unbegreiflichen Gefahr kaum zu atmen wagt.

Die Menschen in der Stadt sind schon daran gewöhnt. Wo es keine Schießereien und Kanonaden gibt, gehen sie auf die Straße hinaus, viele schlendern ziellos umher, bald in finsterer Erbitterung an den anderen Menschen vorübergehend, bald mit einer unerklärlichen Neugier die Passanten betrachtend und die schweigsamen Häuser anstaunend. Bei dem geringsten Geräusch aber flüchten sie abseits und suchen nach einem Schutz.

Mit viel größerer Sorglosigkeit und Tapferkeit schlendern die Kinder auf der Straße umher. Meistenteils sind sie infolge der langen Hungersnot mager und abgezehrt. Ihre Gesichter sind erregt und öfters sogar heiter. Ueberall stecken sie ihre Nase hinein, alles wollen sie sehen und erfahren. Dies verworrene, unerklärliche, sinnlose Leben ringsum mit der Kanonade, der Schießerei, erscheint ihnen höchst bemerkenswert, interessant, rätselhaft, da es voll Bewegung ist, da es das Blut in Wallung bringt und die jungen Herzen in unbegreifliche Erregung versetzt.

Ich wundere mich immer, wieviel Jugend und Kinder sich auf den Straßen herumtreiben, da doch hinter jeder Ecke ganz unerwartet ein Schuß abgefeuert werden kann. Wahrscheinlich ist es einfach nicht möglich, die Kinder zu Hause zu halten; sie können es im Zimmer nicht aushalten.

Seit drei Tagen wütet unaufhörlich Tag und Nacht um die Junkerschule, die jenseits des Flusses, unweit des Zentrums gelegen ist, ein erbitterter Kampf, an dem sich auch die Artillerie beteiligt.

Von Zeit zu Zeit höre ich das dumpfe Getöse der explodierenden Geschosse; die Fensterscheiben erklirren, und ich denke: es ist genau so wie im Kriege. Und ebenso wie dort hört das Herz im Augenblicke der Explosion zu schlagen auf, fällt gleichsam in eine Leere, um dann wieder in verstärktem Tempo zu schlagen.

Laut den Gerüchten in der Stadt und laut den Meldungen der Zeitungen sollen sich in der Junkerschule einige Hundert Junker und das sogenannte „weibliche Bataillon“ befinden. Sie wollen die revolutionäre Regierung stürzen und an ihre Stelle die Partei der gemäßigten Sozialisten berufen. Es zirkulieren in der Stadt die allerunwahrscheinlichsten, einander widersprechenden Gerüchte, das Komplott sei mit dem Gelde der Entente-Regierungen veranstaltet worden, im Gebäude der Junkerschule befänden sich einige Hundert Kinder und Frauen der früheren Reaktionäre, die aus Angst vor der Rache seitens der Revolutionäre geflohen wären. Man spricht davon, daß die Junker und das Frauenbataillon einander geschworen hätten, sich bis auf den letzten Blutstropfen zu verteidigen.

Es ist schwer zu entscheiden, ob dies alles der Wirklichkeit entspricht oder nicht. Ein Gerücht, das von Mund zu Mund übermittelt wird, wächst allmählich an, die erregte Phantasie fügt Einzelheiten hinzu, die in Wirklichkeit vielleicht gar nicht vorgefallen sind. Auf den Straßen, an den Ecken versammeln sich verschiedene Gruppen, die Leute reden, streiten, erzählen sich, als ob sie Augenzeugen gewesen wären, gewisse Einzelheiten, die ihnen vor einigen Minuten übermittelt worden sind.

Nach einer unruhig verbrachten Nacht gehe ich frühmorgens auf die Straße hinaus. Der Schnee, der zwei, drei Tage gelegen hat, ist während der Nacht geschmolzen. Die Straßen, die Trottoire sind naß, mit Schmutz bedeckt, nur hier und da sieht man durchnäßte, schlackerige Schneeflocken.

Kalt ist es; dazwischen bläst ein starker Wind, der die Hüte der Passanten herunterreißt und die Mäntel aufbläht. Ich denke mir: in der Nacht wird es wohl frieren.

Während dieser drei Tage hört man ununterbrochen eine Kanonade, und ich muß fortwährend an ein und dasselbe denken: an die Junker und den Kampf. Mit geschlossenen Augen sehe ich diese jungen Leben vor mir, die verurteilt sind, zugrunde zu gehn. Wofür? — frage ich mich zum hundertsten Male, ohne eine Antwort darauf zu finden.

Ich konnte es nicht fassen, was als Ansporn dienen konnte, um diese Kinder zu begeistern, sie zu betrügen, sie zu veranlassen, ihr junges Leben zum Tode zu verurteilen. Sollte man ihnen vielleicht gesagt haben, daß sie das Vaterland verteidigen, diesen abscheulichen Fetisch, den je die menschliche Stumpfsinnigkeit, die Gier und die Grausamkeit geschaffen haben?

Jedesmal, sowohl im Kriege, als jetzt, wenn ich mitten im Kanonendonner und im Getöse der Schüsse an den Patrioten denke, der vom Vaterlande spricht, so stelle ich mir ein dickes, fettes Ungeheuer vor, ein gefühl- und gewissenloses Tier, das andere in Tod, Leiden, Blut und Mord jagt, um ihnen ihr letztes Stück zu entreißen, denn der Bauch dieses Ungeheuers ist bodenlos, seine Gier hat keine Grenzen und sein abgestumpftes Herz schrickt selbst vor der gräßlichsten Grausamkeit nicht zurück. Der Patriot ist der blutdürstigste Moloch unseres gegenwärtigen Lebens, und ein ekelerregenderes, widerwärtigeres, abscheulicheres Geschöpf hat die Geschichte keiner Epoche, keines Landes je hervorgebracht. Gottlob ist die Tierwelt zu einem solchen Abgrund noch nicht herabgesunken!

Dank dieser Hypnose des Vaterlandes sendet man seit Jahrhunderten, seit Jahrtausenden Millionen und Millionen in den Tod. Die Erde ist von Blut durchtränkt, der Mensch schrickt aber immer noch nicht vor dem selbstgeschaffenen, furchtbarsten Verbrechen zurück; alles dies wird mit geräuschvollen Worten, wie Vaterland, Opfer, Heldentod verhüllt.

In den letzten Tagen geht in mir ein unaufhörlicher Kampf vor sich: soll ich gehen, oder soll ich nicht gehen? Mehrere Male bin ich auf die Straße hinausgegangen, ich erreichte die nächste Ecke, aber dann verließ mich wieder der Mut und ich begann vernünftig zu überlegen: was habe ich eigentlich für ein Recht, mich in all dies einzumischen? Mein Entschluß erschlaffte wieder, ich kehrte um und eilte nach Hause zurück, als fürchtete ich, daß die Passanten meine Gedanken und meine Schwäche erraten und mich verspotten könnten.

In mein Kabinett eingeschlossen, begann ich mich selbst zu bespucken.

(Fortsetzung folgt.)

in denen anscheinend eine Mehrleistung der Zechen erreicht werden könnte, zur Kenntnis zu bringen. Die Ausschüsse sollen die Sache untersuchen, begutachten und das Ergebnis den Behörden zur Kenntnis bringen. Ferner beantrage ich einen stärkeren Ausschuß von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, der zu Informationszwecken ins Ausland geschickt wird, namentlich nach Nordamerika, und dort die Verbesserungen im Bergbau studiert. Ferner beantrage ich eine **Vermehrung der Förderung im Braunkohlenbergbau.** Es muß alles geschehen, um die Wasserstraßen im Gebiete des Rheines und der Elbe in denkbar weitestem Umfange für Zwecke des Kohlentransportes auszubauen. Größere Aufmerksamkeit müssen wir der Wärmewirtschaft zuwenden. Die Elektrizitäts- und Gaswirtschaft muß nach wirtschaftlichen und technischen Gesichtspunkten überprüft werden. Von einer Zentralstelle von Berlin aus kann den Mannigfaltigkeiten des Wirtschaftslebens unmöglich Rechnung getragen werden; den einzelnen Wirtschaftsgebieten muß ein volles Betätigungsfeld gegeben werden. **Die jetzige Bevormundung von Berlin ist unerträglich.** Der Staatsbetrieb ist ideenlos und würde ein verhängnisvolles Hindernis für die Wärmeerzeugungsindustrie sein. Die Sozialisierung ist nur da berechtigt, wo Mehr-Werte durch sie erzeugt werden; nur dort ist sie vorzunehmen. (Beifall.)

Gewerkschaftssekretär Rudolf (Transportarbeiterverband für Binnenschiffahrt): In Spaa hat man bei der Heranziehung von Gutachtern offenbar vergessen, daß die Kohle nicht nur gefördert, sondern auch befördert werden muß. **Deshalb hätten die Vertreter des Transports gehört werden müssen,** insbesondere die Vertreter der Schiffahrt. Ein Gutachten der Verkehrssachverständigen, die in Spaa nicht herangezogen worden sind, hätte sicherlich zu einer noch weiteren Milderung der Bedingungen geführt. Ein großer Teil, etwa 40 v. H., der Kohlenbeförderung erfolgt auf dem Wasserwege. Die Eisenbahn dürfte kaum in der Lage sein, eine Mehrförderung an Kohle in Höhe von 1 200 000 Tonnen zu leisten. Die Regierung sollte mit der Entente über die Rückgabe einer großen Menge der von uns abgelieferten Wagen und Lokomotiven ein Abkommen zu erzielen suchen. Bei der Schiffahrt liegen die Verhältnisse noch viel schlimmer. Bei einer monatlichen Mehrbelastung der Beförderung von 800 000 Tonnen Kohle wird es der Schiffahrt riesig schwer, wenn nicht unmöglich werden, diese Mehrleistung zu erfüllen. Nach dem Versailler Vertrage werden in absehbarer Zeit 20 v. H. des Schiffslagerraumes auf dem Rhein an die Entente abgeliefert werden müssen. Auch dadurch wird eine wesentliche Verringerung des Lagerraums für die Kohlenförderung eintreten. Die Regierung sollte alles versuchen, die Entente zu veranlassen, von der geforderten Abgabe der Küstenschiffe Abstand zu nehmen. Bei Loslösungsbestrebungen würde die Binnenschiffahrt die Beförderung von Kohlen an die Entente einstellen. Nur unter der Voraussetzung eines einheitlich bleibenden Deutschen Reiches ist die Binnenschiffahrt bereit, zur Erfüllung des Spaaer Abkommens alle Kräfte einzusetzen. (Beifall.)

Bergrat Hilger: Entgegen den Zeitungsberichten von Ausführungen des Ministers Dr. Simons über die Sachverständigen will ich aber feststellen, daß wir in Spaa sehr ausführlich über die Braunkohlenfrage gesprochen haben, und daß von größeren Kohlenschiebungen nichts festzustellen war. Die Ruhrbraunkohle wird nur in sehr geringem Umfange als Ersatz für Steinkohle herangezogen werden können. **Von Kohlenschiebereien wurde nur ein einziger Fall in Spaa erörtert.** Ich würde es für einen Fehler halten, wenn gerade jetzt eine grundlegende Aenderung der Kohlenorganisation vorgenommen würde. Dadurch würde nur in der Entente der Aberglaube geweckt, daß wir durch eine Neuorganisation mehr Kohlen schaffen könnten. Das können wir aber nur durch Mehrförderung. (Sehr richtig!) Der Vorwurf Millerands, daß Deutschland heute aus Oberschlesien stärker beliefert wird als vor dem Kriege, trifft an sich zu, aber es fehlt den Gebieten jetzt die früher von ihnen bezogene englische und böhmische Kohle. Wir sind in Spaa gegen das Kohlenabkommen gewesen, weil wir es für undurchführbar halten. Ob die Entente das Ruhrgebiet doch besetzt hätte, weiß ich nicht. **Es wäre jedenfalls nicht ein militärischer Spaziergang geworden, wie von Mainz nach Frankfurt, sondern es wäre zu großen Unruhen gekommen und zu einem gewaltsamen Rückgang der Förderung.**

Dr. Walter Rathenau: Man hat gesagt, die Alternative habe gelautet: Lieferung oder Okkupation. So lautete sie nicht. Es war zu fragen: **Was geschieht, wenn die Franzosen einmarschieren? Werden dann die 2 Millionen Tonnen geliefert oder nicht?** Die Antwort lautete, sie werden geliefert werden. Die Alternative sah somit anders aus. Sie hatte den Sinn: Entweder Lieferung mit oder ohne Okkupation. Ziehen wir von diesen beiden Alternativen die Lieferung ab, so bleibt übrig die Okkupation. Es war zweifellos, daß die Okkupanten sich nicht begnügen würden mit 2 Millionen, vielmehr trat im Augenblick unserer Weigerung die Lieferungspflicht nach dem Friedensvertrage in Kraft. Nun hat Herr Stinnes gesagt, den Franzosen wäre es nicht möglich gewesen, das Mehrquantum abzutransportieren. Unbestreitbar wäre es aber gewesen, so halte ich dem entgegen, daß sie auf dieses Quantum die Hand legen konnten, es als Eigentum behandeln konnten. Wenn die Entente den Ueberschuß von rund 1 Million besitzmäßig okkupierte, so hätte es ihr natürlich freigestanden, uns diesen Ueberschuß zu verkaufen. Vielleicht hätte sie dies zu Weltmarktpreisen angeboten. Das hätte eine

Differenz von 8 Milliarden Papiermark

bedeutet. Unblutig, stillschweigend und ohne mit der Wimper zu zucken, konnte so der größte Teil der Reparationsfrage mit erledigt werden. Diese Alternative war eine der gefährlichsten, die eintreten konnte. Hierhin gehört auch die Frage des Grubenholzes. Ich möchte wissen, ob man demjenigen Okkupanten ein Material verweigern kann, der das Material in der Hand hat, das unser Leben und unsern Tod bedeutet. (Zustimmung.) Preußen mußte sich sagen: Zunächst wird Frankreich abtransportieren, und man wird Süddeutschland sehr stark beliefern. Die Bevorzugung Süddeutschlands hätte voraussichtlich Gefühle erzeugt, die im Interesse der Reichseinheit kaum wünschenswert waren. Die Folge wäre vielleicht gewesen, daß ein

französisches Protektorat

nicht ungern gesehen wäre und unter einem solchen eine besondere Industrie sich entwickelt hätte. Etwas Schlimmeres hätte uns nicht geschehen können. Es wäre die schwerste Erschütterung der deutschen Einheit gewesen. Die Ergebnisse, die Spaa gebracht hat, sind also: Es ist erstens eine Gefahr abgewandt worden. Zweitens haben zum ersten Male zwischen den früheren Kriegführenden Verhandlungen stattgefunden, die sachlich waren oder doch die Tendenz zur Sachlichkeit hatten. Drittens ist zum ersten Male Deutschland wieder Vertrauen erwiesen worden. Dieses Vertrauen war ein persönliches. Es wurde freimütig und unaufgefordert uns bezeugt von den Engländern, Italienern und zum Teil auch von den Franzosen. Wir haben das dem kühlen, klaren, würdigen und vornehmen Vorgehen unseres Außenministers zu verdanken. (Lebh. Beifall.)

Reichsminister des Aeußeren **Dr. Simons:** Ich kann dem Reichswirtschaftsrat nicht das Recht zugestehen, von mir zu verlangen, daß ich mich verantworte, weil ich meinen Namen unter das Kohlenabkommen gesetzt habe. Dieses Recht steht nur dem Reichstag zu, dem ich am Montag Rede stehen werde. Hier kann es sich nur um die Frage handeln, ob und inwieweit das Kohlenabkommen durchgeführt werden kann. Meine **Ausführungen in der Pressekonferenz** sind, wie hier gesagt wurde, hier und dort übel genommen worden, weil ich als meine Gründe u. a. angegeben hätte, daß die Kohlenschiebungen nicht genügend berücksichtigt worden seien und weil ich von einer anderen Verteilungsorganisation und der Braunkohlenfrage Besserung erhofft habe. Es hat mir völlig fern gelegen, etwa den Sachverständigen den Vorwurf zu machen, daß sie nicht nach bestem Wissen und mit Heranziehung allen Materials ihr Gutachten abgegeben hätten. Ich habe erklärt, daß die Lösung der Frage von dem guten Willen der Bergarbeiter abhängt. Dazu gehören nicht nur bessere Lebensbedingungen, sondern die Bergarbeiter müssen auch freudiger und williger zur Arbeit gemacht werden. Die Frage der Kohlenverteilung ist bereits zum Gegenstand eingehender Erörterungen gemacht worden. Zahlen, die auf bureaukratischem Wege zustande kommen, sind niemals ganz sicher, und eine Verteilung dieser Art erscheint niemals ganz ohne Schiebungen möglich. Ich frage jeden ehrlichen Mann und jede ehrliche Frau hier im Hause: Sind Sie nicht der Meinung, **daß viel mehr geschoben wird, als man im allgemeinen hört?** (Heiterkeit und Zustimmung.) Ich denke dabei besonders an die Kohlen, die über die Grenze verschoben werden, an die Angebote im Auslande. Hier liegt eine große Sorge vor.

Wesentlich für die **oberschlesische Kohlenverteilung** ist, daß Lloyd George bei den Verhandlungen darüber zum Ausdruck gebracht hat, daß in einer solchen Kommission über die Verteilung nicht durch Majoritätsbeschlüsse entschieden werden könnte, sondern daß Leute in ihr sitzen müßten, die gerecht und billig denken. Daraus ist zu schließen, daß er für die Vertreter in der Kommission entsprechend Instruktionen erlassen wird. Ich stelle fest, daß auch die scharfen Gegner des Kohlenabkommens, die hier zu Worte gekommen sind, es nach seiner Unterzeichnung als die Pflicht aller bezeichnet haben, es so gut zu erfüllen wie irgend möglich. Das war ja das traurige an unserer Lage, daß man uns nicht geglaubt hat, daß wir den Friedensvertrag mit bestem Willen und mit allen Kräften zu erfüllen getrachtet haben. Ich hoffe, daß dieses Vorurteil seit Spaa geschwunden ist. Wenn man uns glaubt, daß wir versuchen und tun wollen, was wir können, dann werden unsere Beziehungen zu den Gegnern sofort von einem anderen Geist getragen werden, und dann wird uns die Erfüllung der harten Verpflichtungen weniger schwierig fallen. Eins müssen die Gegner sich klar machen: Das Kohlenabkommen und der Friede können nicht gegen Deutschland, sondern nur mit Deutschland, nicht gegen unsern Willen, sondern nur mit unserm Willen durchgeführt werden.

Freiherr v. Schorlemer: Auch die deutsche Landwirtschaft teilt die Befürchtungen über die Durchführbarkeit des Kohlenabkommens. Auch wir Landwirte sind der Meinung, daß wir die Verpflichtung haben, der Regierung einmütig den Rücken zu decken, und auch unsererseits für die Erfüllung des Abkommens von Spaa einzutreten. Dazu sind Kohlen, Düngemittel und niedrige Frachtsätze nötig, die die Landwirtschaft fordern muß. Die erste Aufgabe des neu eingesetzten Ernährungsausschusses wird der

Abbau der Zwangswirtschaft

sein. Die öffentliche Bewirtschaftung des Brotgetreides werden wir ja auch im nächsten Jahre noch nicht entbehren können, aber mit der öffentlichen Kartoffel- und Fleischbewirtschaftung muß endlich Schluß gemacht werden. (Beifall.) Die ländliche Arbeiterfrage bedarf schließlich einer friedlichen Lösung. (Beifall.)

Reichswirtschaftsminister a. D. **Wissel:** Die Ausführungen Dr. Rathenaus werden wohl auch der großen Masse endlich die Augen darüber öffnen, daß wir mit dem Krieg auch die wirtschaftliche Freiheit verloren haben. Um die Lage so erträglich zu gestalten wie irgend möglich, müssen wir neue Mittel anwenden. Wir dürfen die Wirtschaft nicht mehr dem Gutdünken des Einzelnen überlassen (Zustimmung), sondern alle diejenigen, welche dazu bereit sind, müssen in planmäßiger Ordnung der Wirtschaft mitwirken. (Beifall.) Unsere Aufgaben sind erstens Steigerung der Kohlenförderung, zweitens Besserung der Kohlenbeförderung, drittens eine unter Berücksichtigung aller Interessen vorzunehmende Kohlenverteilung, viertens Ersparnis an Kohle, wo irgend gespart werden kann. Im ausgesprochenen Gegensatz zu mehreren Vorrednern unterstütze ich das Verlangen der Bergarbeiter nach

Sozialisierung des Kohlenbergbaues.

Die Sozialisierung wird in der Arbeiterschaft alle schaffenden Kräfte entfesseln und damit die Versorgung der Bevölkerung verbessern. Wenn Herr Stinnes aber meint, daß nur eine Sozialisierung der Verteilung notwendig sei, so muß ich dem gegenüberhalten, daß uns gerade eine **Sozialisierung der Produktion,** und zwar vor allem der Urstoffe, nottut. Im Artikel 427 des Versailler Vertrages wird besonders betont, daß das körperliche, sittliche und geistige Wohlergehen der Lohnarbeiter gerade vom internationalen Standpunkt besonders wichtig ist, und in Genua ist der Achtstundentag auch für die internationale Schiffahrt gefordert worden. In Spaa aber hat die Entente Forderungen gestellt, die eine **Erhöhung der Arbeitszeit** für die deutschen Bergarbeiter bringen werden. Es herrscht noch eine Kohlenvergeudung schlimmster Art. Alle Betriebe, die heiztechnisch nicht auf der Höhe sind, und die Kohlen fressen, müssen geschlossen werden. Die Geschäfte müssen ebenfalls viel früher Schluß machen. Wenn die Regierung zur Bildung eines Kohlendirektoriums schreitet, muß dieses sich immer vor Augen halten, daß das Gesamtinteresse über das des Einzelnen geht. Wir müssen den Willen haben, die Schwierigkeiten zu überwinden, dann werden wir sie zwingen. (Beifall.)

Nachmittagssitzung.

Bestlein (Vertreter der Konsumvereine): Das Kohlenabkommen wird sehr wahrscheinlich auch für den Hausbrand neue Einschränkungen erfordern. Wenn als selbstverständlich anerkannt werden muß, daß die Bergarbeiter und auch die Transportarbeiter für erhöhte Arbeitsleistungen besser mit Lebensmitteln versorgt werden, so läßt sich nicht bestreiten, daß die Ernährungslage des ganzen Volkes gehoben werden muß und auch gehoben werden kann. Angesichts der Vorräte in Deutschland muß es möglich sein, die Ernährungslage auf ein viel höheres Stadium zu bringen. Es darf nicht so bleiben, daß die Zwangswirtschaft und die Verordnungen nur für einzelne Personen in Deutschland gelten, während ein großer Teil der Bevölkerung in den Restaurants schlechthin alles kaufen kann. Schleswig-Holstein, Baden, Hessen und Anhalt durchlöchern bereits die Zwangswirtschaft. Die Ernährungsbehörden arbeiten zu stark nach einem Schema und nicht geschäftsmäßig genug. Namentlich die Konsumvereine müßten von ihnen besser berücksichtigt werden. Wenn man auch zugestehen muß, daß die Vorratswirtschaft in Getreide nicht umgangen werden kann, so ist sie für andere Gebiete doch von Uebel. Das Reich erstickt in Speiseölen und dennoch müssen die Bergarbeiter diese Oele im Schleichhandel kaufen. Die vorhandenen Bestände daran müssen sofort verteilt werden.

v. Siemens: Die verarbeitende Industrie wird die Hauptleidtragende des Kohlenabkommens sein. Bedarf an Waren ist in reichem Maße vorhanden, aber die Preise, die gefordert werden, konnten von dem kaufenden Publikum nicht gezahlt werden. Der Preissturz war der Anfang eines Reinigungsprozesses, der zu normalen Bedingungen zu führen schien. Die Arbeitseinstellungen waren an Zahl geringer geworden. Die Stücklohnarbeiter erreichten erfreulicherweise schon fast wieder die Stundenleistung des Frieden. Der Arbeiter merkte, daß wieder Material in den Werkstätten war.

Man kann ja von dem Arbeiter nicht verlangen, daß er sich tüchtig ins Zeug legt, wenn er befürchten muß, daß wegen starken Materialverbrauchs eine Arbeitseinstellung in Aussicht steht.

Röhr (Vertreter der Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner): Von einem Erfolge kann man nicht sprechen. Wir wollen liefern, was möglich ist, nicht etwa der Entente oder der Welt zu Liebe, sondern damit wir am Leben bleiben.

Professor Dr. **Herkner:** Ich spreche nicht als Vertreter der gelehrten Nationalökonomen, sondern äußere mich zu der vorliegenden Resolution, die ich durchaus unterschreiben kann. Wenn wir wirtschaftlich emporkommen wollen, müssen wir unendlich mehr Kohle zur Verfügung haben als heute. Leider wird die Statistik des Warenverkehrs mit dem Auslande immer noch als ein Staatsgeheimnis gehütet, obwohl das Loch im Westen längst verstopft ist. Es liegt

ein Schleier über unserer Kohlenwirtschaft.

Die Bergarbeiter werden zu Mehrleistungen nur bereit sein, wenn

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedenskautschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Str. 1.

Konsum-Genossenschaft Berlin u. Umgegend e. G. m. b. H.

Manufakturwarenlager: Brunnenstr. 188-190, 1 Treppe (am Rosenthaler Platz)

Das Geschäft ist von 9 bis 6 Uhr geöffnet

Besonders vorteilhafte Angebote:

Verkauf nur an Mitglieder!

Damen-Kragen	4.50	7.50
Seiden-Band in vielen Farben, 5 cm breit, Mtr.		3.50
Korsetts aus guten Stoffen, beste Verarbeitung	28.50	47.50
Damen-Hemd mit breiter Stickerei	39.00	45.00
Damen-Beinkleid bestickt	28.50	34.50
Untertaillen aus festem Stoff	9.75	16.50
Wirtschaftsschürzen	24.50	29.50
Tändelschürze Wiener Form	24.50	29.50
Tüll-Bettdecke 180/250		52.50
Gardinen Fenster	35.00	48.00
Künstler-Gardinen Fenster		145.00

Damen-Konfektion:

Leinen-Blusen		18.50
Wasch-Blusen weiß und bunt		29.50
Sport-Blusen Leinen, einfarb. u. gestreift	29.50	39.50
Damen-Kleider aus gut. Waschstoffen	95.00	125.00
Sport-Röcke	49.50	69.00
Sport-Jacken für Damen	54.00	62.50
Damen-Mäntel	125.00	175.00

Einsegnungs-Kleider in großer Auswahl!

Kinder-Kleider aus Wasche und Wollstoffen, äußerst preiswert!

Renforce gute Qualität, 82 cm breit, Mtr.	12.90	14.80
Louisianatuch kräftige Ware, 130 cm breit, Mtr.		29.50
Musseline imit., gute Qualität Mtr.		14.50
Schleierstoffe gestreift Mtr.		19.75
Sportkragen		3.90
Hosenträger Gurt	2.45	4.90
Herren-Hemden mit Einsatz	34.50	59.00
Herren-Hemden Trikot	39.00	49.00
Herren-Socken schwarz und farbig	7.50	12.50
Damen-Strümpfe engl. lang	12.50	14.90
Damen-Strümpfe schwarz Flor		17.50

Schuhwaren:

Damen-Spangenschuhe schwarz u. braun	125.00	145.00
Damen-Schnürschuhe schwarz und braun	98.00	145.00
Damen-Hochschaftstiefel schwarz	145.00	195.00
Damen-Hochschaftstiefel braun		175.00

Herren-Stiefel schwarz	165.00	195.00
Herren-Stiefel braun	198.00	245.00

Kinder-Stiefel schwarz Leder, beste Verarbtg.	Gr. 20/22	23/26	27/30	31/35
	29.00	58.00	78.00	98.00

Kinder-Stiefel aus Segeltuch, mit prima Ledersohle und Absatz	Gr. 27/30	31/35
	29.75	37.50

Hausschuhe Leder mit Spange ... 45.00

Elegante Herrenhosen gestreift ... 85.00 157.00 | Herren-Anzüge aus guten Stoffen, Ersatz für Maß, beste Verarbeitung ... 390.00 490.00 590.00

Groß-Berlin

Erklärung!

Nachdem von einzelnen Funktionären des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg Anfragen betreffend die Entschließung der Funktionärkonferenz vom 15. Juli an mich ergangen sind und der Bericht in der „Freiheit" meine Feststellungen ungenau wiedergibt, stelle ich folgendes fest:

Als Versammlungsleiter erklärte ich unter Zustimmung der Konferenz vor der Abstimmung über die Resolution des Genossen Müller, daß die Konferenz keine bindenden Parteibeschlüsse fassen könne, sondern die Abstimmung lediglich als Willenskundgebung anzusprechen sei. Nach der nahezu einstimmigen Annahme der Resolution verwies ich darauf, daß, nachdem nunmehr an zwei Abenden diese wichtige Angelegenheit eingehend besprochen worden ist, die Funktionäre auch die Pflicht hätten, ihren Mandatgebern — also den Parteigenossen — objektiv über den Verlauf und das Resultat der Funktionärkonferenzen Bericht zu erstatten. P. Brühl.

Der abgeschnittene Lebensfaden

Wer seine Schulden nicht bezahlt, setzt sich der Gefahr aus, gemahnt zu werden, und wenn das nicht hilft, muß er gewärtig sein, daß der Gläubiger gegen ihn Zwangsmaßnahmen anwendet.

In ähnlicher Lage befindet sich der Berliner Magistrat gegen die Gasabnehmer, die zwar Gas verbrauchen, aber dasselbe nicht bezahlen. Es wird nun verschiedentlich geklagt über allzu große Rigorosität, mit der manche Gasinspektionen handeln, auch über die den Gasverbrauchern zuteil werdende Behandlung auf den Gasinspektionen. Oft werde sofort das Gas abgesperrt, wenn die Zahlung nicht umgehend erfolgt und es werde auch sonst auf die soziale Lage nicht die nötige Rücksicht genommen. Durch die letzthin eingetretene Gaspreiserhöhung, die auch gleich auf den zurückliegenden Juni ausgedehnt wurde, sind die Rückstände besonders hoch aufgelaufen. Ein Leser schreibt uns hierzu:

„Infolge schlechten Geschäftsgangs und der unerhört hohen Gaspreise, sammelte sich bei mir eine größere Gasschuld an. Es wurden meine sämtlichen drei Gasmesser abgesperrt, ohne vorherige Benachrichtigung. Ich zahlte am selben Tage den fälligen Betrag. Mußte aber zur „Strafe" eine Wiedereröffnungsgebühr von 18 Mark (für jeden Gasmesser 6 Mark) zahlen. Diese „Strafgebühren" betrugen früher 3 Mark pro Gasmesser. Da alles teurer wird, glaubte der Magistrat auch diesen Satz erhöhen zu müssen; ohne zu berücksichtigen, daß der Gasverbraucher wohl nicht zum Spaß die hohen Gasrechnungen nicht bezahlt.

Meist trifft es den Aermsten der Armen, die von der Gasabsperrung betroffen werden, und denen dadurch gleichzeitig doch sozusagen in der Großstadt der Lebensfaden abgeschnitten wird."

Es sollte doch einigermaßen auf die heutige Lage der kleinen Leute Rücksicht genommen werden.

Gegen die Mietzinserhöhungen

Wie bekannt, sind die Mieten um weitere 10 % in die Höhe geschraubt worden. Wie uns aus organisierten Mieterkreisen mitgeteilt wird, kann sich die Mieterschaft damit nicht ohne weiteres einverstanden erklären. Sie verurteilt aufs schärfste das diktatorische Verhalten der Regierung, die, ohne die Mieter zu hören, solche einschneidende Bestimmungen schafft. Die Mieterschaft fordert, daß von einer Erhöhung des Mietzinses keine Rede sein darf, ohne daß genügend Sicherheit gegeben wird, daß die Vermieter der gesetzlichen Reparaturpflicht auch zwangsweise nachkommen. Soll die jetzige Erhöhung nur ein Anfang zu weiteren Erhöhungen sein? Die Mieter werden am Sonntag, den 25. d. M., um 11 Uhr vormittags, im Lustgarten in einer gewaltigen Demonstration ihrer Entrüstung Ausdruck geben.

Mieterschutz

In dieser Zeit der Mietssteigerungen und der häufigen Streitigkeiten mit den Hausbesitzern bedarf jeder Mieter eines Ratgebers. Insbesondere ist die Kenntnis der Bestimmungen der Höchstmietenverordnung und des Verfahrens vor den Einigungsämtern außerordentlich wertvoll, weil sie den Mieter vor der Ausnutzung einer Unkenntnis der Bestimmungen schützt. Das von der Verlagsgenossenschaft „Freiheit" herausgegebene Buch „Der Mieterschutz" von Dr. Paul Herz und R.-A. Dr. Curt Boenheim (Preis 4 M.) ist sehr übersichtlich angelegt und ermöglicht es jedem, sich selbst über seine Rechte und Pflichten als Mieter zu unterrichten. Ein dieser Schrift beigefügter Nachtrag enthält die neuesten Verordnungen mit Beispielen und Erläuterungen.

Diese für jeden Mieter unentbehrliche Schrift kann durch jede Buchhandlung, auch durch alle Filial-Expeditionen der „Freiheit" bezogen werden, sowie direkt vom Verlag der „Freiheit", Abt. Buchhandlung, Breite Straße 8/9.

Elektrisierung im Betriebe der Straßenreinigung

Nachdem jüngst durch Gemeindebeschluß die Beschaffung von 40 elektromobilen Kehrmaschinen genehmigt worden war, um nach Ablauf des Unternehmervertrages über die Bespannung der im Betriebe der Straßenreinigung stehenden alten Straßenkehrmaschinen am 1. April 1921 den automobilen Betrieb einzuführen, sollen aber auch die Kehrmaschinen und die mit ihnen zusammenarbeitenden Sprengwagen mit elektromobiler Betriebskraft ausgerüstet werden. Für jede Kehrmaschine ist ein Sprengwagen erforderlich, weil dem Kehren eine Besprengung des Straßendammes zum Aufweichen des Kehrichts und zur Niederhaltung des Staubes vorangehen muß. Obwohl hiernach für die zu beschaffenden 40 Kehrmaschinen auch 40 Sprengwagen erforderlich wären und ein Versuch die Zweckmäßigkeit des Umbaues der für Pferdebespannung eingerichteten Sprengwagen ergeben hat, sollen aus Sparsamkeitsrücksichten und zur weiteren Erprobung zunächst nur 15 Sprengwagen umgebaut und mit elektrischem Vorspann versehen werden. Diese automobilen Sprengwagen würden sowohl nachts vor den Kehrmaschinen die Reinigung, als auch am Tage ohne sie die Besprengung der Steinpflasterstraßen besorgen können; sie erfordern aber bei dieser doppelten Ausnutzung alsdann auch die doppelte Anzahl von Batterien. Die umzubauenden Wagen sind nur für die Verwendung auf den Steinpflasterstraßen in Aussicht genommen, da für die Besprengung der Asphaltstraßen 60 elektrische Straßenwaschmaschinen im Betriebe sind. Die Kosten für die Umwandlung des Pferdebetriebes der 15 Sprengwagen in den elektromotorischen werden voraussichtlich 1 320 000 M. betragen, deren Bewilligung bei der Stadtverordnetenversammlung vom Magistrat beantragt wird.

Die Fraktion des 11. Bezirks Schöneberg-Friedenau wählte in der Sitzung am 23. 7. 20 den Genossen G. Wendt, Gothenstr. 13, als Vorsitzenden.

Die Raubmorde in der Anhalt- und Köpenicker Straße. Die Leichen des Kaufmannes Paul Welsner aus der Prinzenstraße 89 und der 71 Jahre alten Witwe Thielemann aus der Köpenicker Straße 102 wurden gestern nachmittag von den Gerichtsärzten Medizinalrat Dr. Stoermer und Prof. Dr. Strauch obduziert. Die Nachforschungen der Kriminalpolizei nach den Verbrechern werden eifrig fortgesetzt. Zu einer Festnahme konnte jedoch bisher noch nicht geschritten werden. Bei dem Verbrechen an der Witwe Thielemann war zweifellos außer dem Schlosser Riedel noch der zweite Schlafbursche der alten Frau zugegen. Wie es scheint, hat dieser auch das Bargeld, das der Greisin geraubt worden ist, etwa 800 Mark, an sich genommen, denn Riedel war, wie die Nachforschungen ergeben haben, auch nach der Tat ohne Barmittel. Ob die beiden Schlafburschen nun zufällig in der Wohnung zusammengetroffen sind oder das Verbrechen auf vorherige Verabredung hin ausgeführt haben, steht noch nicht fest.

Gewerkschaftliches

Der neue Verbandsvorstand der graphischen Hilfsarbeiter

Ein „Schildbürgerstück" schlimmster Art leistete sich durch einen Beschluß der vom 12. bis 18. Juli in Frankfurt a. M. tagende Verbandstag der graphischen Hilfsarbeiter. Im alten Verbandsvorstand waren Konflikte durch das diktatorische Verhalten des Vorsitzenden Bucher ausgebrochen, denn die von Berlin zu stellenden unbesoldeten Vorstandsmitglieder hatten ihm (Bucher) zu sehr auf die Finger gesehen. Da dieser Zustand für den Vorsitzenden ziemlich unangenehm war, sann er auf ein Mittel, wie er die lästigen Kontrollorgane los werden würde. Er unterbreitete daher der Verbands-Generalversammlung folgenden genialen Antrag:

„Die Wahl des 1. und 2. Vorsitzenden und des Kassierers erfolgt auf dem Verbandstag; die der übrigen 6 unbesoldeten Verbandsmitglieder durch die Mitglieder von 6, vom Verbandstag zu bestimmenden Zahlstellen."

Als die in Frage kommenden Orte wurden Frankfurt a. O., Hamburg, Hannover, Magdeburg, Potsdam und Stettin durch die Delegierten gewählt.

Laut Verbandsstatut dürfen Mitglieder des Hauptvorstandes nicht noch im Vorstand einer anderen Zahlstelle ein Amt bekleiden. So erscheint es ausgeschlossen, daß die erforderlichen geistigen Kräfte durch Städte wie Magdeburg, Potsdam, Frankfurt a. O. und Stettin aufgebracht werden können, zumal Stettin, Frankfurt a. O. und Potsdam nur 200 Mitglieder und darunter haben, davon ⅔ weibliche, und Potsdam und Frankfurt a. O. erst kurze Zeit dem Verbande angehören. Und hierin liegt der Trick. Es sollen möglichst Mitglieder gewählt werden, die den an sie gestellten Anforderungen im Verbandsvorstand nicht gerecht werden können. Das hat nämlich zwei vorteilhafte Seiten für den Verbandsvorsitzenden und seine Gesinnungsgenossen. Erstens wird es stets gelingen, die 6 unbesoldeten Vorstandsmitglieder durch die 6 Angestellten (1. und 2. Vorsitzender, Kassierer, Redakteur und 2 Sekretäre, von denen die letzten 3 nur mit beratender Stimme an den Sitzungen teilnehmen) einzuwickeln und zweitens wird die Verantwortung auf die 6 unbesoldeten Vorstandsmitglieder abgewälzt, da sie bei der Abstimmung in der Majorität sind. Das ist der erste für die Verbandsmitglieder nicht gerade vorteilhafte Zustand. Das Ding hat aber noch einen schlimmeren Nachteil von finanzieller Bedeutung. Während bisher eine Vorstandssitzung ca. 35 M. kostete, ergibt sich nunmehr für die finanzielle Aufwendung einer zukünftigen Sitzung folgendes Bild. Für die Vorstandsmitglieder aus Hamburg, Hannover, Stettin, Magdeburg, Frankfurt a. O. werden voraussichtlich an Entschädigungen gezahlt 2 Tage = 135 M., an Reisegeld 44 bis 108 M., entgangenen Arbeitsverdienst 75 bis 80 M. pro Kopf, so daß eine Vorstandssitzung einen Kostenaufwand von ca. 1200 bis 1300 M. erfordert. Rechnet man alle 14 Tage eine Sitzung, so kostet dieser Scherz des Vorsitzenden den Mitgliedern 31 200 M. pro Jahr. Wenn so mit den Beiträgen der Mitglieder gewirtschaftet wird, dann braucht sich niemand zu wundern, wenn bei wirklich ausbrechenden Lohnkämpfen wenig Geld vorhanden ist und die Mitglieder zu Extra-Beiträgen herangezogen werden müssen. Die Mitgliedschaften sind verpflichtet, in ihren Versammlungen von ihren Delegierten, die diesen Beschluß herbeigeführt haben, Rechenschaft zu verlangen. — München sollte auch ein Mitglied zum Verbandsvorstand stellen, doch lehnten die Vertreter Münchens es ab, einen Delegierten in den Hauptvorstand wählen zu lassen, da sie die Verantwortung für diese Kosten nicht übernehmen können. — Die Berliner Delegierten schlugen vor, um der Verschleuderung der Verbandsgelder vorzubeugen, entweder den Vorstand nach einem anderen Ort zu verlegen oder die Parteifreunde des Vorsitzenden Bucher hineinzudelegieren.

Gewehrfabrik Spandau. Alle im Mai 1919 entlassenen Kollegen, vom Montag, den 26. 7. bis 2. 8. von 4—7 Uhr, Auskunft über Nachzahlung bei Thiedemann, Moabit, Waldemarstraße 19.

Achtung! Spandauer Heeresbetriebe. Alle ehemaligen Arbeiterräte treffen sich Montag, den 26. Juli, abends 7 Uhr, bei Mecklenburg, Ravenéstraße 6. Jedes Institut muß vertreten sein.

Aus den Organisationen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Die Reorganisationskommission tritt am Montag, den 26. Juli, abends 6 Uhr, zu ihrer konstituierenden Sitzung in der Arbeiter-Bildungsschule, Schicklerstr. 5/6, zusammen.

3. Distrikt (Elternbeiräte). Montag, 7 Uhr, Gneisenaustraße 36 bei Lange. Sitzung der Obleute. Jede Schule muß vertreten sein.

4. Distrikt. Dienstag, abends 7 Uhr, 11er Ausschußsitzung bei Helmut, Görlitzer Straße 38. Erscheinen sämtlicher Vorsitzenden der Kommissionen unbedingt erforderlich.

5. Distrikt. Montag, 26. d. M., abends 7 Uhr, tagt die Räte- und Gewerkschaftskommission bei Grotzmann, Weberstraße 24a.

6. Distrikt. Montag, den 26. Juli, pünktlich 7 Uhr, Frauenleseabend in der Schulaula, Friedenstraße 31. Vortrag des Genossen Gückert über „Das Sexualproblem".

9. Distrikt. Kommunale Kommission. Sitzung aller Mitglieder zur Wahl des Obmannes am Dienstag, 27. Juli, 7 Uhr bei Schlechter, Danziger Straße 8. — Kinderschutzkommission. Sitzung Dienstag, 27. Juli, bei Tiege, Schönhauser Allee Ecke Wollenberger Straße. Erscheinen aller Mitglieder dringend notwendig.

11. Distrikt. Am Montag, den 26. 7. 20, abends 7 Uhr, Versammlung der Elternbeiräte im Humboldtgymnasium, Gesangsaal, Gartenstraße 25.

11. Distrikt, 1. Abteilung. Politische Kommission. Montag, ½8 Uhr bei Thomas, Gartenstraße, Sitzung.

11. Distrikt. Mittwoch, den 28. Juli 1920, abends 7 Uhr, Sitzung sämtlicher Abteilungsobleute von der kommunalen Kommission beim Genossen Korff, Elisabethkirchstraße 18.

13. Distrikt. Am Montag, 7 Uhr, bei Gilleske, Kopenhagener Straße 74, Funktionärsitzung.

15. Distrikt. Frauenabend. Montag, den 26. 7., abends 7½ Uhr bei Pilz, Rostocker Straße 27, Vortrag der Gen. Weber.

16. Distrikt. Dienstag, abends 7 Uhr, Zusammenkunft aller Elternbeiräte in der Schule Müller- Ecke Taitstraße. Pflicht jedes einzelnen zu erscheinen.

Distrikt Niederbarnim-Ost. Politische-, Gewerkschafts- und Rätekommissionen. Sitzung Dienstag, abends 8 Uhr im Kaffee Bellevue, Lichtenberg, Hauptstraße. Vortrag des aus Rußland zurückgekehrten Genossen L. „Ueber die Lage in Rußland". Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist notwendig.

Sektion Post und Telegraphie. Versammlung am Montag, 8½ Uhr, Weinbergsweg 26 bei Gerold. Am Mittwoch, 7 Uhr, Arbeiter-Bildungsschule, Schicklerstraße 5/6.

Schöneberg. Dienstag, abends 7½ Uhr, Vorstandssitzung bei Baum, Apostel-Paulus-Str. 33. Geschäftsleitung und Abonnent treffen sich um 7 Uhr pünktlich im selben Lokal. — Mittwoch, den 28. Juli, abends 7½ Uhr, Diskussionsabend des 4. Bezirks bei Sell, Merseburger Straße 7. Thema: Das Leipziger Aktionsprogramm.

Friedenau. Anstelle des Frauenleseabends findet am Montag nachmittag ein Familienausflug nach Schmargendorf statt. Treffpunkt 3 Uhr: Schillerplatz, Ecke Stubenrauchstraße.

Steglitz. Montag, den 26. d. M., abends 8 Uhr, Funktionärsitzung bei Rangs, Fichtestraße 4. Vollzähliges Erscheinen Pflicht.

Niederschönhausen. Die Märchenvorlesung am Mittwoch, den 28. Juli, 4 Uhr nachmittags, findet in dem von der Gemeinde angekauften und der Bildungskommission zur Verfügung gestellten Breitschen Park, Kaiser-Wilhelmstraße 18, statt. Vortragender Herr Schauspieler Emil Kühne. Eintrittskarten zu 30 Pf. in der Spedition der „Freiheit", Eichenstraße 66; Konsum, Kaiser-Wilhelmstr. 79; „Rübl. Veranda" und vor Beginn im Garten. — Bei schlechtem Wetter in der Glashalle „Schloß Schönhausen", Lindenstraße 11. Es wird Massenbeteiligung erwartet.

Pankow. Kommunaler Arbeiterrat. Montag, abends 7 Uhr, Sitzung bei Göhlke.

Pankow. Dienstag, den 27., 7 Uhr, außerordentliche Generalversammlung, Schulaula, Grunowstraße.

Weißensee. Mittwoch, 8 Uhr, wichtige Sitzung der Bildungskommission im Lokal von Blasche, Berliner Allee 252.

Tegel. Montag, 7½ Uhr, Vorstandssitzung bei Christensen, Schlüterstraße; ferner 7½ Uhr Frauenleseabend bei Lehnhardt, Berliner Straße.

Vereinskalender

Arbeitslose! Am Mittwoch, mittags 1 Uhr, 5 Arbeitslosenversammlungen. Gewerkschaftshaus, Engelufer 15; Königsbank, Gr. Frankfurter Straße; Pharussäle, Müllerstraße; Böhm-Brauerei, Prenzlauer Berg; Patzenhofer-Brauerei, Moabit. Tagesordnung: 1. Bericht über die Verhandlungen mit der Regierung über die Forderungen der Arbeitslosen. 2. Diskussion.

Betriebsräte Neukölln. Montag, 5 Uhr, findet im „Karlsgarten", Karlsgartenstraße, eine Vollversammlung sämtlicher Betriebsräte Neuköllns statt, wozu auch die Betriebsräte von Britz, Buckow und Rudow zu erscheinen haben.

Delegierte des Ortskartells Groß-Berlin der Afa. Afa-Delegiertenversammlung Montag, 6 Uhr im roten Saal des Zentralverbandes der Angestellten, Belle-Alliance-Straße 7/10, 2 Trp.

Graphische Arbeitergruppe 5. Die Versammlung findet am Montag nicht statt. Nähere Mitteilungen erfolgen noch.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe 1c. Mitgliederversammlung 26. 7., 3½ Uhr nachm., Bockbrauerei, Fidicinstr. 2/3. — Fachgruppe 11. Funktionäre- und Betriebsvertreterversammlung 26. 7., 7½ Uhr, Verbandslokal. — Fachgruppe 12. Oeffentliche Versammlung der Angestellten des Kohlengroßhandels. 26. 7., 7½ Uhr Schultheißbrauerei, Neue Jacobstraße 24/25. — Fachgruppe 14a. Mitgliederversammlung 27. 7., 2 Uhr, Verbandslokal.

Buchbinder-Verband. Chromo- und photographische Betriebe. Montag, den 26. Juli, abends 7 Uhr bei Wegener, Sebastianstraße 30, Sitzung der Betriebsräte und Vertrauenspersonen. Tagesordnung: Stellungnahme zur Tarifkündigung.

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Berlin. Am Montag, den 26. Juli findet in der Schule, Weinmeisterstraße 15/16, abends 7½ Uhr, die Zentralvorstandssitzung statt. Alle Ortsgruppen sind verpflichtet, Vertreter zu entsenden. Dasselbst Materialabgabe zum Waldfest.

Musik-Instrumentenarbeiter! Am Montag, den 26. 7. 20, findet in der „Königsbank", Große Frankfurter Straße 117, eine Branchenversammlung statt. Vortrag des Genossen Prager: „Steuerfragen". Branchenangelegenheiten.

Schuhfabrikations-Genossenschaft. Montag, den 26., abends 7 Uhr, Mitgliederversammlung in Haverlands Festsäle, Neue Friedrichstr. 35.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde", Abteilung Norden. Dienstag, 27. 7. 20, abends 7 Uhr, Kinderhortzimmer, Steinstraße, Neuwahl des Abteilungsleiters. Zahlreiches Erscheinen erwünscht der Vorstand.

Arbeiter-Samariter-Kolonnen, Berlin u. V. (Abteilung Süden-Neukölln.) Bezirksversammlung, Freitag, den 30. Juli, 7 Uhr, Idealklause, Neukölln, Weichselstraße 8.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Rabold, Berlin. Verantwortlich für den Inseratenteil: Ludwig Komeriner, Karlshorst. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit" G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit"-Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8/9.

Saison-Ausverkauf

Letzte Woche

Kinder Stiefel
Braune Leder-Spangenschuhe und -Sandalen
Grösse 27 bis 30 20,50
Grösse 31 bis 35 26,50

Beispiele unserer billigen Preise

Weisse Leinen-Schnürschuhe, moderner hoher Absatz / Beige Stoff-Spangenschuhe, moderne Form, hoher Absatz 45,-

Braune und beige Chevreau-Schnürschuhe und -Spangenschuhe / Schwarze Schnürschuhe mit Lackkappe / Schwarze Spangenschuhe, hochmoderne Form 89,-

Braune und beige Chevreau-Damen-Schnürschuhe / Braune Boxkalf-Spangenschuhe, elegante Ausführung / Schwarze Halbschuhe, moderne Modelle 99,-

Feinste Modeschuhe, Spangen- u. sonstige Modelle, Handarbeit / Farbige u. schwarze Chevreau- und Boxcalf-Halbschuhe, zum Schnüren und mit Spangen 124,-

Graue Chevreau-Schnürschuhe, Rahmenarbeit / Damen-Lackleder-Halbschuhe, Chevreau-Hinterteil / Rotbraune Boxcalf-Damen-Hochschaft-Stiefel 139,-

Herren-Fohlen-Chevreau-Schnürstiefel, mit Lackkappe, in modernen Formen, echte Rahmenarbeit 159,-

Leiser

SAISON-AUSVERKAUF!!

Wir wollen unsere kollossalen Läger vor Beginn der Herbst-Saison räumen und bieten unsere Waren zu **spottbilligen Preisen** an. Unser Angebot umfaßt eine Unmenge schwarzer, brauner und farbiger Schuhe und Stiefel für Damen, Herren und Kinder und ist in **bestem Schuhwerk**

eine besondere Gelegenheit!

EINIGE BEISPIELE UNSERER PREISE:

79.50 89. 98. 124. 137.

FÜR DAMEN-SCHUHE u. STIEFEL

Arenstein

AUSVERKAUF NUR: LEIPZIGERSTRASSE 91. WILMERSDORFERSTR. 57. ANDREASSTRASSE 58-59. FRANKFURTER-ALLEE 98.

Geschäftszeit 9—5 Uhr.

Hein, Wilde & Co.

Zentrale: Berlin C, Neue Friedrichstraße 21a, Ecke Königstraße
Zweiggeschäft: Krausenstraße 12, Ecke Charlottenstraße

Grösstes Sortimentsgeschäft der Branche

Wollserge reichhaltige Farbenauswahl | **Aermelfutter 16.—**
Echt. Wattierleinen 14,— M. | **80 br. Hosentaschen 14.-**
Westenstoffe Gr. Auswahl

Hänsels Roßhaar, Friedensqualitäten
Damenfutterstoffe Satin und Seide, unerreichte Auswahl.
Tressen und Knöpfe für Kostüme.
Glühkohlen für Bügeleisen.
Bügelöfen für Koksfeuerung. | **Namen-Etiquetts** schnellste Anfertigung.
Bügelplatten mit Böcken, Gr. Zuschneidescheren | Bügeleisen Bügelkissen sämtlicher Größen | Kragenklötze Breite Bügelbürsten | Gaserhitzer für Bügeleisen, Kleiderbügel.
Büsten mit verstellbarem Fuss.

Möbel

Spezialität: Bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen
Moderne Speise-, Wohn- und Schlafzimmer in grosser Auswahl

Gebr. Lieber
Andreasstr. 28.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N. 54, Linienstr. 83-85
Geschäftszeit von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.

Montag, den 26. Juli, abends 6 Uhr, findet eine

erweiterte Ortsverwaltungssitzung

in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Straße 31, statt.

Tagesordnung: 1. Zentral- oder Betriebsorganisation. 2. Diskussion. Eintritt nur gegen die rote Legitimationskarte und Mitgliedsbuch.

Achtung! **Achtung!**

Die Vertrauensleute und Betriebsräte werden ersucht, die Betriebs-Fragebogen für die Gruppeneinteilung und Delegiertenwahl zur Generalversammlung nach dem Ortsstatut im Bureau, Linienstr. 83-85, Zimmer 3, pünktlich abzuholen und abzuliefern.

Die Ortsverwaltung.

Mittwoch, den 28. Juli 1920, abends 6 Uhr

Branchen-Versammlung

der Rohrleger und Helfer

in den „Sophiensälen", Sophienstraße 17-18.

Tagesordnung: 1. Sozialisierung und Kommunalisierung des Baugewerbes. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht.

Achtung! **Achtung!**

Kolleginnen und Kollegen der Gelb- und Weißmetall-Industrie

Die Versammlung am Dienstag, den 27. Juli 1920, in der „Neuen Welt", fällt wegen der Parteiveranstaltung aus. Die Kolleginnen und Kollegen werden ersucht, die Versammlungen der Partei zu besuchen.

Die Ortsverwaltung.

Danksagung!

Für die herzl. Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes

Max Müller

sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, sowie den Kollegen der Firma A. Bosse & Co., Abteilung Miele, dem Metallarbeiter-Verband, den Genossinnen und Genossen des 12. Bez., insbesondere dem Schöneberger Frauenchor und dem Genossen Wißberg für die trostreichen Worte am Sarge des teuren Entschlafenen, unseren herzlichsten Dank.

Familie H. Müller
Schöneberg, Verlängerte Insbrucker Str.

Westmanns

Trauer-Magazin
Große Auswahl. Billige Preise.
I. Mohrenstr. 37 (Kolonnaden)
II. Gr. Frkf. Str. 115 (nahe Andreasstr.)
Auswahlsendung sof.
Amt Zentrum 7890
Sonntags geschlossen.

Danksagung!

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme anläßlich des Todes meines lieben Mannes und guten Vaters

Hugo Wetter

sprechen wir allen Genossen und Bekannten unseren verbindlichsten Dank aus.

Helene Wetter geb. Schünemann
Artur Wetter

POF ges. gesch. **POF** ges. gesch. **POF**

Das neue Mittel

macht graues, fleck. Porzellan-Geschirr garantiert wie neu u. fleckenlos; erspart Neu-Anschaff.
Verblüff. Wirkung **Welt-Erfolg** Weiter-Empfehlung in kurzer Zeit. **Überall zu haben,** wo nicht zu haben, werde man sich an den **Pof-Vertrieb, Abt. F., Berlin SO 16, Schmidstr. 22.**
Vertreter in allen Städten im In- und Ausland gesucht.

Kakaopulver per Pfund 15 Mark bei mehreren Ztr. billiger
Pralinés
Schokoladenpulver
diverse
Schokoladen
Sarotti-Schokoladen
zu Fabrikpreisen frisch eingetroffen
F. P. A. Kauffmann
Berlin S. 14, Wallstr. 55-56
Telefon: Mpl. 14506/09.

MÖBEL

extra billig.
Schlaf-, Speise-, Herren-Zimmer, Küchen, große Auswahl
Zahlungserleichterung auf Wunsch.
Neugebauer,
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 128, I. Ecke Schillerstraße.
Kein Laden.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bezirk Groß-Berlin.

Delegierte zur örtlichen General-Versammlung — der Bezirksverwaltung Groß-Berlin! —

Am Donnerstag, den 19. August 1920, abends 7 Uhr, im Saal 4 des Gewerkschaftshauses, Engelufer 14/15:

Ordentliche General-Versammlung

pro 2. Quartal 1920

Tagesordnung: 1. Mitteilungen. 2. Geschäfts-, Kassen- und Arbeitsnachweisbericht pro 1919. 3. Erledigung eingegangener Anträge. 4. Geschäftliches.

Mitgliedsbuch und Legitimationskarten sind am Eingang des Saales zwecks Abstempelung vorzulegen.

Ohne Buch und Karte kein Zutritt. Wer mit seinen Beiträgen über 8 Wochen im Rückstande ist, hat ebenfalls keinen Zutritt.

Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Bekleidungsarbeiter-Verband

Filiale Berlin, Sebastianstr. 37/38

Achtung. **Damenmaßbranche.** Achtung.

Versammlung

am Dienstag, d. 27. Juli 1920, abends 5½ Uhr, in den **„Arminhallen"**, Kommandantenstr. 57-58.

Tagesordnung. Der beabsichtigte Lohnabbau in der Damenmaßschneiderei, insbesondere die Kürzung der Arbeitslöhne der weiblichen Arbeitskräfte. (Zentrale Verhandlungen in Frankfurt a. M.) Ref.: Kollege W. Schumacher.

Kollegen und Kolleginnen! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung, protestiert gegen das Vorgehen der Arbeitgeber, nicht **Abbau,** sondern **Aufbau** der Arbeitslöhne, solange nicht der Lebensmittelwucher abgebaut wird.

Die Branchenleitung.

Saison-Räumungs-Ausverkauf

Kriegsanleihe wird zu 84 % in Zahlung genommen.

Preisermäßigungen bis 50 %
bei Modellen bis 70 %

Infolge des Andranges, Besuch vormittags erbeten!

Gummimäntel f. Damen u. Herren	660,	470,	430,	350,	276
Sportjacken, herabgesetzt auf	348,	280,	96,	48,	18
Impr. Seidenmäntel, herabgesetzt	490,	360,	240,	172	
Covercoatmäntel herabgesetzt	750,	480,	325,	216,	121
Ulster, mollige Stoffe	680,	490,	320,	210,	150
Kostüme, Modelle	1000,	850,	650,	415,	209

Lodenmäntel 250, Lodenkostüme 500, Stoffröcke 66, 44
Weiße Flauschmäntel für die See 218.—

Pelzmäntel Ia Felle 9800, 6400, 3600
Seal-Plüschmäntel 2500.—
Feine Plüschmäntel 1800.— 1400.— 980.—

Westmann

1. Geschäft: Berlin W, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 115

Raucherdank! Das sicherste Mittel, das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst
Institut Englbrecht
München R. 21, Kapuzinerstr. 9.

Spezialarzt

Dr. med. Roeben
für Syphilis, Harn-, Frauenleid., Schwäche, Beinkranke. Beh. schnell, sicher und schmerzlos ohne Berufsstör. Blut- und Harnuntersuch. (Fäden im Harn.)
Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptik.
Königstr. 56-57, gegenüber Rathaus
Sprechst. 10-1, 4-6½, Sonnt. 10-1
Teilzahl. Separ. Damenzim.

Zinn (Banka) kg 30.—
Kupfer, Messing, Quecksilber, kauft zum höchsten Tagespreis
Metallschmelze,
Prinzessinnenstr. 17 (Moritzplatz)

Kupfer 8,20 M.
Messing 4,20 M.
Blei, Zink 2,20
Rotguss 7,20 M.
Zinn bis 25,—
Schulendorfer Straße 2

Altmetalle

Zinn, Quecksilber, Zahngebisse, Platin, Gold- und Silberbruch
kauft Fennstraße nur **48**

Allgemeine Familiensterbekasse

zu Berlin.

Sonntag, den 1. August 1920, vorm. 9½ Uhr, im Lokal d. Herrn **Sabecki,** Gerichtstr. 71 (a. d. Panke)

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Neuwahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder. 4. Antrag des Vorstandes auf Aenderungen der §§ 7 und 11 der Satzung. 5. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert.

Der Vorstand.

Spezialbehandlung

für Haut- und Geschlechtsleiden
bei Männer u. Frauen, Blutuntersuchungen, nerv. Schwäche. Behandlg. schnell, sicher, mögl. ohne Berufsstör. Auskunft kostenlos.
Kühn, Andreasstr. 75, I. Et., Ecke Breslauer Str. (dicht a. Schl. Bhf.) Sprechz. 10—12, 5—7½. Sonnt. geschlossen.

Spezial-Arzt

Dr. Skotte für Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, gegen Lues bomb. Salvarsan-Kuren, Blutuntersuchungen, im ältesten Kur-
Dir.: Löser senior Institut „Löser" geöffnet 9—1, 4—8. Sonnt. 9—1.
Nur Rosenthaler Str. 69-70 Damen separat Rosenthaler Platz.

Spezial-Behandlung

f. Geschlechts-, Haut-, Harn-, Frauenleiden, hartnäckige Harnleiden, Ausschlag, nerv. Schwäche, Blutuntersuchung, Salvars.-Kur., Teilzahl.
Spezial-Aerztl. gel. Heilanstalt **„Löser", Münzstr. 9**
nahe Alexander-Platz, 9-1, 4-8, Sonnt. 10-12, Damenzimmer sep.

Spezial-Arzt

für alle Geschlechtskrankheiten.
Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Salvarsan-Kur. Behandlung schnell, sicher, ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. Heilanstalt **Dr. med. Lommer.** 10—1, 4—7½, S. 10—12.
Brunnenstr. 185 (Rosenth. Platz).

Genossen werbt für die Freiheit

Achtung Zahnleidende!

Lassen Sie sich nicht irreführen durch
schreiende Reklame.
Reelle gute Bedienung finden Sie in der
Zahnpraxis Humboldt
Bernauer Str. 40-41, Ecke Swinemünder Str

437er ZAHN-STATION 350er
Choriner Straße 45

Phorosan-Heilinstitut

für Haut- und Geschlechtskranke
Großbeerenstraße 67

Gonorrhoe-Behandlung nach dem neuen schmerzlosen Phorosan-Verfahren. Syphiliskur. Streng wissenschaftlich. Spez.-ärztl. Leitung. Sep. Zimmer. Sprechzeit 11—5, außer Dienstag. Kurdauer siehe Broschüre: „Die Gonorrhoe und ihre Zwölffingerkur". M. 8.—. Prosp. „A" gegen Porto.

Dr. med. Hollaender

Berlin W 8, Leipziger Str. 108
Spezialarzt für Haut- und Geschlechtsleiden
Harn- u. Blutuntersuchungen
Sprechstunden: 11-1 vorm., 5-7 nachm., Sonntags 11-1
Aufklärende Broschüre Nr. 14. Mk. 2.50 (Nachnahme)

Spezial-Arzt

für Haut- und alle Geschlechtsleiden, Harn- und Blutuntersuchungen
Dr. med. Karl Reinhardt
Potsdamer Str. 117 an der Lützowstraße
Sprechstunden: ½12—2, ½6—½10 abends, Sonntag ½11—1 Uhr.
Aufklärende Broschüre mit Beschreibung sämtl. Heilverfahren im verschlossenen Kuvert geg. Einsendung von M. 2.— portofrei.

Weitere bedeutende Preisherabsetzung für Hosen.

Hosen von 125.—/140.— herabgesetzt auf ... **90.-**
Hosen von 230.—/280.— herabgesetzt auf ... **170.-**
Hosen von 325.— herabgesetzt auf **200.-**
Hosen von 300.— herabgesetzt auf **230.-**
Hosen von 385.—/400.— herabgesetzt auf ... **290.-**
Hosen von 475.— herabgesetzt auf **320.-**

Hosenträger • Stutzen • Socken • Kragen • Krawatten
im Preise ganz bedeutend herabgesetzt

Keine Filialen mehr **BaerSohn** Nur eine Verkaufsstelle

Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur